Bergischer Volksbote

Amtliches Verkündigungs-Blatt — **Burscheider Zeitung** — **für die Stadtgemeinde Burscheid**

Erscheint täglich mit Ausnahme Sonn- u. Feiertags. Bezugspreis: Monatlich durch unsere Boten gebracht einschließlich aller Beilagen 2 RM

Anzeigenpreise: 1 mm Höhe u. 45 mm Breite im Anzeigenteil 8, auswärts 12, im Reklameteil (65 mm breit) 30 Rpf — Anzeigen-Rabatt wird nur gewährt bei pünktlicher Zahlung

Beilagen Der Sport vom Sonntag (Montag), Unterhaltungsbeilage (Dienstag), Aus dem Reiche der Frau (Mittwoch) Unterhaltungs-Beilage (Donnerstag), Landmanns Sonntags-Blatt (Freitag), Der Sonntag (Samstag)

Nr. 75 — Redaktion u. Geschäftsstelle Burscheid, Mittelstraße 10 — **Burscheid, Donnerstag, 31. März 1932** — Postscheckkonto 28571 Köln, Fernsprech-Anschluß Nr. 431 — **72. Jahrgang**

Hugenbergs Sammlungsvorschlag

Der Appell, den der Führer der Deutschnationalen Volkspartei Hugenberg an die bürgerlichen und berufsständischen Rechtsparteien zur

Sammlung der Reststimmen bei der preußischen Landtagswahl auf der deutschnationalen Landesliste

gerichtet hat, findet, wie das Nachrichtenbüro des VDZ. in parlamentarischen Kreisen hört, bei den beteiligten Parteien eine

skeptische Aufnahme.

Durchweg erinnert man an die scharfen Angriffe, die Hugenberg gegen diese Parteien noch vor kurzem gerichtet habe und meint, daß es die Wähler unter diesen Umständen nicht verstehen würden, wenn ihre Abgeordneten als Hospitanten in die deutschnationale preußische Landtagsfraktion einziehen sollten. Auch komme der Vorschlag Hugenbergs in technischer Hinsicht etwas spät, da

bereits Verhandlungen zwischen den berufsständischen Parteien über Listenverbindungen

im Gange sind, mit deren Abschluß man noch in dieser Woche rechnet. An diesen Verhandlungen sind vornehmlich das Landvolk und die Wirtschaftspartei beteiligt.

*

Das Nachrichtenbüro des VDZ. hat die in Betracht kommenden Parteigruppen um eine Stellungnahme zu dem Vorschlag des deutschnationalen Parteiführers ersucht.

Der Landvolkführer Dr. Gereke,

der zurzeit Vorsitzender der Vereinigten Hindenburg-Ausschüsse ist, erklärt, daß, so gut der Gedanke als solcher wäre, doch die von Hugenberg angewandten Mittel durchaus falsch seien.

Solche Dinge könne man nicht in der Oeffentlichkeit regeln,

sondern nur in vertrauensvoller Aussprache von Mann zu Mann. An solchem vertrauensvollen Verhandeln hindere nicht zuletzt das mangelnde Eintreten Hugenbergs für den Reichspräsidenten von Hindenburg. Eine engere Anlehnung an die Deutschnationalen als solche sei durchaus wünschenswert, aber

nicht an Hugenberg mit seiner Taktik.

Wer wirklich die gesamte Rechte sammeln wolle, könne das nicht in der Form eines öffentlichen und in einigen Punkten verletzenden Briefes tun. Die verletzende Form dieses Briefes, der den anderen Parteien gleichzeitig die Annahme einer Unterwerfung unterstelle, mache es vollkommen unmöglich, darauf einzugehen. Da der Parteiführer des Landvolks, Dr. von Hauenschild-Tscheidt, erst Donnerstag abend wieder in Berlin eintrifft, ist eine offizielle Entscheidung der Partei über den Hugenberg-Vorschlag nicht vor Freitag zu erwarten. Es ist aber anzunehmen, daß die Stellungnahme Dr. Gerekes sich mit der Auffassung der Gesamtpartei vollkommen deckt.

Die Deutsche Volkspartei

nimmt zu dem Vorschlage Hugenbergs in folgender Weise Stellung: Abgeordneter Hugenberg stellt ein Programm für den Nationalismus auf, dem man sich durchaus anschließen kann. Die DVP. läßt sich in nationaler Gesinnung von niemand übertreffen.

Die Stresemannsche Politik der Rheinlandbefreiung war eine eminent nationale Politik,

obwohl sie von Herrn Hugenberg nicht anerkannt wird. Die DVP. führt nicht nur einen entschlossenen Kampf gegen den Sozialismus in jederlei Gestalt, sondern auch gegen die schwarzrote Koalition in Preußen. Das wahre Gesicht des Hugenberg-Vorschlages zeigt sich in der

Bemerkung über die „schwankend zu ihm Kommenden",

die bei ihm „eingeschmolzen" werden sollen. Damit zeigt Herr Abgeordneter Hugenberg sein geistiges Unvermögen überhaupt bürgerliche Sammlungspolitik zu treiben. Wer anders als er denkt und handelt, ist noch lange kein Haltloser oder Schwankender, sondern ein Politiker, der von persönlicher Ueberzeugung und vaterländischer Verantwortung ein ganz anderes Bild hat, als der deutschnationale Führer. Daß Herr Hugenberg den „nationalen Beruf und die Sendung" habe, die bürgerliche Welt zu sammeln, muß nach älteren Erfahrungen ebenso wie nach den neuesten Ereignissen bestritten werden. Die Hindenburgwahl hat bewiesen, wie wenig der deutschnationale Parteiführer die Aufgabe der Zeit und die Stunde des nationalen Bürgertums verstanden hat. Wir hätten heute eine ganz andere politische Lage in Deutschland, wenn Hugenberg mit der gesamten Rechten für die Wahl Hindenburgs eingetreten wäre. Nach dem Ergebnis des 13. März mag Abgeordneter Hugenberg Veranlassung haben, sein politisches Ansehen durch eine neue Aktion zu heben.

Die Fäden zwischen seinem jetzigen Vorschlag und den Ereignissen im Wahlkreis Westfalen-Süd sind deutlich erkennbar.

Für die DVP. besteht keine Veranlassung, auf das Scheinangebot einzugehen. Herr Hugenberg kann völlig unbesorgt sein, denn die Stimmen der volksparteilichen Wähler werden auf ihren Wahlkreislisten auf den Landeswahlvorschlag voll zur Geltung kommen. Hier besteht nicht die geringste Gefahr, zumal Herr Hugenberg selber mit dem Verluste der Hälfte seiner Mandate rechnen muß, also kaum in der Lage sein dürfte, anderen Parteien irgendwelche Sicherungen zu versprechen.

Die Wirtschaftspartei

veranstaltet am Freitag eine Tagung ihres preußischen Landesausschusses, in der die Kandidatenfrage geregelt werden soll. In dieser Sitzung wird auch zu dem Vorschlag Hugenbergs Stellung genommen werden, so daß zurzeit

eine offizielle Entscheidung der Partei noch nicht

vorliegt. Nach Auskunft maßgebender Stellen der Wirtschaftspartei dürfte aber auch für diese Partei

der Vorschlag Hugenbergs nicht diskutabel

sein. Der Führer der preußischen Landtagsfraktion der Wirtschaftspartei, Abgeordneter Große, äußerte sich dahin, daß, abgesehen von der technischen Unmöglichkeit der Durchführung des Hugenberg-Vorschlages, ein derartiges Ansuchen in Form eines offenen Briefes von der Wirtschaftspartei abgelehnt werde.

Von der Konservativen Vereinigung

waren am Mittwoch maßgebende Führer nicht zu erreichen, doch wird versichert, daß auch von den Konservativen die Auffassung des Landvolks, der Volkspartei und anderer Parteigruppen voll geteilt wird.

Der zweite Reichsführer des Christlich-Sozialen Volksdienstes, Hülser,

glaubt, daß es sich bei dem Vorschlag Hugenbergs um ein

parteitaktisches Manöver

handele, zumal dort Bedingungen gestellt würden, die für Parteien, die sich nicht schon zu 99 Prozent aufgegeben hätten, unannehmbar seien. Es handele sich um einen wohlüberlegten Stoß, um in den Reihen der Mittelgruppen, die sich gerade zu formieren im Begriff seien, Verwirrung und Unsicherheit hervorzurufen und die Wähler dieser Partei dann auf seine Seite zu ziehen. Der Reichsleitung des Christlich-Sozialen Volksdienstes, die am Dienstag in Berlin getagt habe, habe der Brief Hugenbergs noch nicht vorgelegen. Er würde aber sicher an den Beschlüssen der Reichsleitung nichts geändert haben, wonach der Volksdienst allein und ohne jede Bindungen an andere Parteien in den preußischen Wahlkampf eintritt.

Die Londoner Zusammenkunft

Vorverlegung der Vier-Mächte-Konferenz?

Nach dem bisherigen Stand des Meinungsaustausches zwischen Berlin, London und Paris hört das Contibüro, daß mit der Vorverlegung des Termins, der ursprünglich auf Ende nächster Woche angesetzt war, auf Mitte nächster Woche zu rechnen ist. Da der Reichskanzler für die kommende Woche seine Dispositionen bereits getroffen hat — der Kanzler beabsichtigt bekanntlich in der nächsten Woche nach Königsberg, Stettin und Hamburg zu reisen — dürfte für Deutschland Staatssekretär v. Bülow nach London fahren. Uebrigens wird ja auch der französische Ministerpräsident Tardieu, wie aus einer offiziösen französischen Erklärung hervorgeht, nicht persönlich an diesen Vorbesprechungen teilnehmen, die naturgemäß ein abschließendes Ergebnis nicht haben können.

Die französische Presse zu Tardieus Reise nach London

In fast sämtlichen französischen Blättern kommt die Genugtuung darüber zum Ausdruck, daß Tardieu nun doch seine Begegnung mit Ramsay Macdonald haben wird.

„Petit Parisien" meint, man werde wahrscheinlich auch das Reparations- und Abrüstungsproblem anschneiden. Auch die Donaufrage erfordere eine ernste finanzielle Prüfung, um so mehr, als anscheinend die wirtschaftliche Annäherung der Länder Mittel- und Südosteuropas nicht ohne Unterstützung des französischen Kapitals durchgeführt werden könne. **„Journal"** hebt hervor, die Begegnung, zu der Tardieu nach London reise, müsse als völlig unabhängig von derjenigen gelten, zu der Macdonald Frankreich, Deutschland und Italien eingeladen habe. Das Blatt spricht von der Notwendigkeit der französisch-englischen Ententekordiale namentlich auch im Hinblick auf die Lausanner Konferenz. **„Ere Nouvelle"** erwartet von der Aussprache eine Einigung, die für die Weiterentwicklung der Donaufrage von größter Bedeutung sei. **„Populaire"** stellt fest, Tardieu habe, weil er Deutschland ausschalten wollte, Frankreich isoliert. Es sei ihm höchstens gelungen, einen englisch-italienisch-deutschen Block gegen Frankreich zu bilden. **„Echo de Paris"** meint, es sei die Aufgabe Tardieus, Macdonald klar zu machen, daß die gegenwärtigen Pläne undurchführbar seien, wenn die Regierungen von Berlin und Rom in die politische Behandlung gleichberechtigt mit den fünf Donauländern einträten. Daran schließt „Echo de Paris" seinen üblichen Angriff auf die „Pangermanisten" an. **„Avenir"** schreibt, der Puritaner Macdonald werde versuchen, Tardieu hineinzulegen, weil das in seiner Natur liege und weil er die Franzosen verabscheue. Das werde aber nicht gelingen. Die Viererkonferenz sei notwendig, denn man müsse wissen, was Deutschland und Italien beabsichtigen. Mit ein wenig gutem Willen auf beiden Seiten, in erster Linie bei Deutschland, werde man auf eine praktische Europaunion zusteuern können. **„Figaro"** weist darauf hin, daß die Logik gesiegt habe, die ein Abkommen zu Zweien unerläßlich für ein Abkommen zu Vieren machte, da Frankreich und England fast sämtliche Kosten für den Wiederaufbau der Donaustaaten zu tragen berufen seien. **„Oeuvre"** betont gegenüber dem „wiedererwachenden Pangermanismus und angesichts der kommunistischen Revolution" die Notwendigkeit der französisch-englischen Zusammenarbeit und unterstreicht, daß die Londoner Reise Tardieus im richtigen Augenblick erfolge.

Londoner Stimmen zum Donauplan

Die englische Presse befaßt sich mit dem Donauplan und der Viermächte-Konferenz. **„Times"** zufolge hat Macdonald schon seit einiger Zeit eine Zusammenkunft mit Tardieu gewünscht. In Regierungskreisen herrsche allgemein die Auffassung, ein persönlicher Meinungsaustausch zwischen den Premierministern beider Länder über die jetzige Lage in Europa werde von größtem Wert sein. Auch nimmt man an, daß die Besprechungen nicht auf den Donauplan beschränkt sein sollten. Die britische Regierung hoffe, es werde möglich sein, zunächst eine Konferenz der vier Großmächte und dann eine Konferenz der Donaumächte abzuhalten. Auf der ersten Konferenz sollten die Grundlinien eines allgemeinen Planes vorgezeichnet werden, auf dem dann die Konferenz der Donaumächte aufbauen könne. Die dringende Notwendigkeit einer schnellen Hilfe werde es hoffentlich ermöglichen, die Viermächte-Konferenz bereits für nächste Woche einzuberufen. Diese Erklärung findet sich auch in den anderen Blättern. **„Daily Herald"** schreibt: Hinter Tardieus Donauplan steht die politische Absicht, eine französische Herrschaft über das Donaugebiet zu errichten und der deutschen Durchdringung eine Schranke entgegenzusetzen. Zur wirtschaftlichen Seite des Planes bemerkt das Blatt, daß das grundlegende Uebel der Donaustaaten der Zusammenbruch der Bauernschaft sei. Diesem Uebel aber würde der Tardieusche Plan keineswegs Abhilfe oder Erleichterung bringen. der diplomatische Korrespondent des **„Daily Telegraph"** erklärt, hinsichtlich der Viermächte-Konferenz sei alles in der Schwebe. Die deutsche und die italienische Regierung wären bereit, nächste Woche Delegierte nach London zu senden. Aber die französische Regierung halte eine solche Konferenz für verfrüht und dränge darauf, daß sie erst nach dem Wiederzusammentritt der Genfer Abrüstungskonferenz am 11. April in Genf abgehalten werde. Weder dieses Datum noch dieser Ort würden in London besonders begünstigt. Tardieu habe aber deutlich zu verstehen gegeben, daß Frankreich einer Viermächte-Konferenz nicht endgültig zustimmen werde, bevor es die Frage allein mit Großbritannien erörtert habe. Der Aufschub der Konferenz werde in britischen amtlichen Kreisen unzweifelhaft als enttäuschend und unbefriedigend angesehen.

Der Aufmarsch zur Balkan-Konferenz



Nach dem Wunsche und der Vorstellung des Monsieurs Tardieu

Goldfunde in Hessen-Nassau



In der Nähe von Allendorf (an der in unserer Karte mit einem Kreuz bezeichneten Stelle) wurde durch einen Arbeitslosen mittels einer Wünschelrute eine Kieselschiefer-Ader festgestellt, die Schwemmgold enthält. Man ist gegenwärtig dabei, das Material genau zu untersuchen. Es wird angenommen, daß auf eine Tonne Kieselschiefer 500 Gramm Gold kommen. Von dem Ergebnis der weiteren Untersuchungen wird es abhängen, ob der bergmännische Abbau dieser neuen Goldfundstelle aufgenommen werden wird

Senkung der Plakatanschlagsgebühren

Nach eingehenden Verhandlungen mit den Verbänden der Reklameunternehmen und dem Verband der Reklameverbraucher ist durch den Reichskommissar für Preisüberwachung eine Senkung der Plakatanschlagsgebühren für Normal- und Spezialtarife mit Wirkung vom 1. April 1932 ab um mindestens 10 Prozent im Durchschnitt des Tarifes gegenüber dem Stande vom 30. Juni 1931 angeordnet worden. Tarife, die seit dem 31. Dezember 1924 nicht mehr erhöht worden sind, müssen um mindestens 5 Prozent gesenkt werden.

Die Preissenkung für Zigaretten, Zigarren und Rauchtabak

Nachdem von der Zigarettenindustrie die für Markenartikel auf Grund der Notverordnung vom 8. Dezember 1931 vorgeschriebene Senkung von 10% vorgenommen worden ist, hat, so berichtet das Wolffbüro, der Reichskommissar für Preisüberwachung keine Veranlassung gesehen, weitere Maßnahmen zur Senkung der Zigarettenpreise durchzuführen. Die Nachprüfung der Preise für Zigarren durch den Reichskommissar für Preisüberwachung hat ergeben, daß durchweg bei gleicher Qualität die Preise erheblich gesenkt worden sind, sodaß ein Eingreifen durch den Reichskommissar für Preisüberwachung nicht erfolgen solle. Da die bei Rauchtabak bestehende Preisbindung auf Grund der vierten Notverordnung vom 8. Dezember 1931 aufgehoben worden ist, weil die 10%ige Preissenkung nicht durchgeführt wurde, soll von seiten des Reichskommissars für Preisüberwachung nicht eingegriffen werden, weil die Entwicklung der Preissenkung auf dem freien Markt weiter abgewartet werden soll.

Ein neuer politischer Prozeß in Berlin

Das Schwurgericht 3 in Berlin verhandelt über die Tötung des Postaushelfers Kurt Nowack, eines Mitgliedes der NSDAP., der am 10. Oktober vorigen Jahres bei einem Zusammenstoß zwischen Kommunisten und Nationalsozialisten in Lichtenberg ums Leben kam. Angeklagt ist der Bäckergeselle Georg Krause, der sich unter den Kommunisten befand, sowie die beiden Nationalsozialisten Sander und Drwall, alle wegen Raufhandels. Der eigentliche Täter konnte nicht ermittelt werden. Ueber die Vorgänge geben die Angeklagten verschiedenartige Darstellungen. Die Verhandlung wird mehrere Tage dauern, da zur Klärung des Tatbestandes zahlreiche Zeugen verhört werden müssen.

Vereinfachung und Verbilligung der Arbeitslosenversicherung

Auf Grund ihrer Ermächtigung durch die zweite Notverordnung vom 5. Juni 1931 hat die Reichsregierung am 21. März eine Verordnung zur Vereinfachung und Verbilligung der Arbeitslosenversicherung erlassen, die am 18. April 1932 in Kraft tritt. Diese Verordnung soll vor allem die Verwaltung auf dem Gebiete der Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung vereinfachen, soweit dies möglich ist, ohne wesentliche Grundsätze des Gesetzes anzutasten. Der Vorstand ist in Zukunft nicht mehr eine neben dem Verwaltungsrat stehende Körperschaft mit eigener Zusammensetzung, sondern wird aus den Beisitzern des Verwaltungsrates selbst gebildet. Gleichzeitig übernimmt er diejenigen Aufgaben des Verwaltungsrates, die zur Geschäftsführung der Reichsanstalt gehören, während die Entscheidungen von grundsätzlicher Bedeutung nach wie vor dem Verwaltungsrat verbleiben.

Aus Vereinfachungs- und Verbilligungsgründen wird die Zahl der Mitglieder des Vorstandes und des Verwaltungsrates und der Verwaltungsausschüsse bei den Arbeitsämtern und Landesarbeitsämtern herabgesetzt und die Zahl der Tagungen dieser Organe auf das unbedingt notwendige Maß beschränkt.

Am materiellen Recht der Arbeitslosenversicherung nimmt die Verordnung nur geringfügige Aenderungen vor. Zu diesen gehört die Vorschrift, wonach Beiträge und Teile von Beiträgen, die später als einen Monat nach Fälligkeit entrichtet worden sind, für die Zugehörigkeit zur Lohnklasse künftig nicht mehr zu berücksichtigen sind.

Aus dem Bergbau

Kündigung des Rahmentarifs im Ruhrbergbau

Der Zechenverband hat den Rahmentarif im Ruhrbergbau zum 31. Mai gekündigt

Die Bergarbeiterverbände gegen Härten der Notverordnung

Die Bergarbeiterverbände richteten eine gemeinsame Eingabe an den Reichsarbeitsminister zur Beseitigung der Härten der letzten Notverordnung. Die Leistungseinschränkungen der Notverordnung ließen

die sozialen Bedürfnisse mancher Rentenempfänger unberücksichtigt.

Besonders scharf sei die Auswirkung beim Zusammentreffen von Renten aus mehreren Versicherungen. In Zukunft solle immer nur noch eine Rente zur Auszahlung gelangen, selbst wenn in zwei oder drei Versicherungen Beiträge geleistet worden seien. Das treffe insbesondere die Bergarbeiter, die einen Beitrag zur Knappschaftspensions- und Invalidenversicherung zu leisten haben. Der Beitrag zur Knappschaftspensionsversicherung sei zudem außergewöhnlich hoch. Die durch Unfall schwer verletzten Bergarbeiter würden sogar doppelt hart betroffen und zahlten die hohen Beiträge in beiden Versicherungen vollständig umsonst. Der in der Versicherung maßgebende Grundsatz der Leistung und Gegenleistung sei demnach völlig beseitigt. Gegen diesen ungeheuerlichen Zustand erhebe man schärfsten Protest. Ebenso hart und ungerecht wirkten sich die Bestimmungen über die vollständige

Entziehung der kleinen Renten in der Unfallversicherung

aus. Dadurch sei eine Schematisierung hinsichtlich der Bewertung der kleineren Unfälle eingetreten, die man für unerträglich halte. Man sei der Meinung, daß die Bestimmungen dringend einer Reform bedürften. Zur Begründung werden in der Eingabe eine Reihe Fälle mit beigefügten Bildaufnahmen angeführt. Zum Schluß der Eingabe wird ausgeführt, man verkenne nicht, daß die Sozialversicherung sich in Finanzschwierigkeiten befindet und daß Mittel gesucht und Wege beschritten werden müßten, um die augenblickliche Krise zu überstehen. Man wende sich aber schärfstens

gegen die Schematisierung der ergriffenen Maßnahmen,

die unsoziale Härten verursachten und nur den Verletzten treffen. Man könne sich des Eindrucks nicht erwehren, daß bei Abfassung der Bestimmungen die individuellen Auswirkungen viel zu wenig überprüft worden seien. Die Verbände hielten es für dringend erforderlich, daß die erwähnten Bestimmungen einer ernsthaften Nachprüfung unterzogen und für Abstellung der unerträglichen Zustände gesorgt werden müsse. Die von der Regierung angeordneten Maßnahmen nähmen den Versicherten den Glauben an ihre Versicherung vollständig und erschütterten deren Grundlagen in bedenklichster Weise.

Streikausdehnung im nordwestböhmischen Braunkohlenrevier

Ein Streik der Kohlenarbeiter im nordwestböhmischen Braunkohlenrevier hat sich auch auf das Bilin-Außiger und Teplitz-Buxer Revier ausgedehnt, so daß jetzt in dem gesamten Gebiet

57 Schächte mit fast 20 000 Arbeitern stillgelegt

sind. Die Einstellung der Förderung wurde überall durch Abordnungen aus dem Brüxer Revier erzwungen. In Komotau

drangen 600 bis 700 Streikende aus Brüx in den Julius-Schacht ein,

um ebenfalls die Arbeitseinstellung zu erzwingen. Die Menge durchbrach die Gendarmerieabsperrung. Durch Steinwürfe wurden ein Gendarm und ein Polizist leicht verletzt.

Gendarmerieverstärkung vertrieb die Ruhestörer

aus der Grube. Später versuchten etwa 3000 Demonstranten von neuem zum Julius-Schacht zu gelangen. Die Gendarmerie, die die Menge aufhalten wollte, wurde durch einen

Steinhagel

überschüttet, wodurch einige Gendarmen und Wachleute verletzt wurden. Die Gendarmerie gab mehrere Schüsse in die Luft ab, durch die niemand verletzt wurde. Daraufhin wurde die Menge zerstreut. Nachträglich meldeten sich zwei Leichtverletzte, ein Mann, der einen Stich erhalten hatte, und eine Frau, die durch einen Kolbenschlag verletzt worden war. Im Kladnoer Revier hatten die Bemühungen der Brüxer Streikenden, den Anschluß an den Streik herbeizuführen, bisher keinerlei Erfolg.

Im Ostrau-Karwiner Kohlenrevier

ist ein durch kommunistische Agitation hervorgerufener

wilder Streik

ausgebrochen, der sich in der Nachmittagsschicht auf

12 Gruben mit 3500 Arbeitern

ausbreitete. In einer Beratung der Gewerkschaftsorganisationen traten die Kommunisten für den Streik ein, während die übrigen Gewerkschaftsvertreter von wilden Streiks abrieten. Die Vertreter der Grubenbesitzer warnten die Arbeiterschaft vor übereilten Handlungen und eigenmächtigen Verletzungen des Kollektivvertrages.

Der Bergarbeiterstreik vor dem Prager Abgeordnetenhaus

Aus Prag, 30. März, wird gemeldet: Die heutige erste Sitzung in der Frühjahrstagung des Abgeordnetenhauses stand unter dem Eindruck der mit dem Bergarbeiterstreik zusammenhängenden Vorgänge. Gleich zu Beginn der Sitzung versuchten die Kommunisten, durch Lärmen und Zwischenrufe eine Beratung über den Bergarbeiterstreik unmöglich zu machen, zu dem dann mehrere Redner den Standpunkt ihrer Partei darlegten. Von sozialistischer Seite wurde der Streik als Verzweiflungstat der Bergarbeiter bezeichnet und die Schuld für die Arbeitseinstellung den Arbeitgebern zugeschrieben.

Verordnungen zur Bekämpfung der Notlage der Binnenschiffahrt

Der Reichsanzeiger veröffentlicht zwei Durchführungsverordnungen zur Verordnung des Reichspräsidenten vom 23. Dezember 1931, deren Bestimmungen zur Bekämpfung der Notlage der Binnenschiffahrt dienen, und die beide am 1. April 1932 in Kraft treten.

Die „Verordnung zur Errichtung von Körperschaften des öffentlichen Rechts (Schiffer-Betriebsverbänden)" bestimmt die Errichtung von Schifferbetriebsverbänden für die Stromgebiete der Oder, der Elbe und der Wasserstraßen zwischen Elbe und Oder. Den Verbänden gehört in der Regel als Mitglied an, wer mit nicht mehr als drei Binnenschiffen gewerbsmäßig für andere Güter befördert. Die Verbände werden behördlicher Aufsicht unterstellt. Aufsichtsbehörden sind: für das Stromgebiet der Oder der Oberpräsident in Breslau, für das Stromgebiet der Elbe der Oberpräsident in Magdeburg, für das Stromgebiet zwischen Elbe und Oder der Regierungspräsident in Potsdam. Die Aufsichtsbehörde beruft aus den zukünftigen Mitgliedern des Verbandes eine Versammlung zur Wahl des vorläufigen Vorstandes ein. Der vorläufige Vorstand beruft eine Mitgliederhauptversammlung ein, die die endgültige Satzung beschließt.

Die „Verordnung zur Errichtung von Frachtenausschüssen", die acht Paragraphen umfaßt, bestimmt zur Regelung der Entgelte im Binnenschiffsverkehr die Errichtung von Ausschüssen (Frachtenausschüsse) in Breslau, Stettin, Berlin-Magdeburg, Halle a. d. S., Dresden, Hamburg und Lübeck. Die Frachtenausschüsse setzen sich zusammen aus Vertretern der Kleinschiffahrt, der Großschiffahrt, der Verlader und der Spediteure. Sie sind ermächtigt, Mindest- und Höchstentgelte im Binnenschiffahrtsverkehr festzusetzen, sowie die Verteilung des Frachtgutes zu regeln. Die Aufsicht über den Frachtenausschuß führen der Oberpräsident in Breslau, der Oberpräsident in Stettin, der Regierungspräsident in Potsdam, der Oberpräsident in Magdeburg, das sächsische Wirtschaftsministerium in Dresden, die Deputation für Handel, Schiffahrt und Gewerbe in Hamburg und die Senatskommission für Handel und Schiffahrt in Lübeck.

Die handelspolitische Entspannung Deutschland — Polen

Nach dem positiven Abschluß der deutsch-polnischen Wirtschaftsverhandlungen ist jetzt durch eine Verordnung der Reichsregierung die Anwendung der Obertarifsätze bei der Einfuhr von Butter und Eiern aus Polen mit Wirkung vom 1. April 1932 wieder rückgängig gemacht. Für die Einfuhr von Eiern aus Polen bleibt es bei dem autonomen Zollsatz von 30 Mark. Bei Butter tritt an die Stelle des in Geltung befindlichen Kampfzolles von 170 Mark der autonome Zoll von 100 Mark.

Der „Börsencourier" schreibt dazu: In den am Polen-Geschäft interessierten maßgebenden deutschen Wirtschaftskreisen wird das Ergebnis der Verhandlungen als durchaus befriedigend bezeichnet, da es unter Berücksichtigung der allgemeinen Verringerung der Kaufkraft in Polen der tatsächlichen Aufnahmefähigkeit des polnischen Marktes entspricht und somit die gegenwärtig überhaupt vorhandenen Liefermöglichkeiten praktisch im allgemeinen offen hält.

Polen begeht eine „aktion directe"

Aus Danzig, 30. März, wird gemeldet: In einer provisorischen Entscheidung vom 29. März d. J. stellt der Völkerbundskommissar Graf Gravina fest, daß eine Verfügung des polnischen Finanzministeriums, die in dem „Monitor Polski" vom 9. Januar 1932 veröffentlicht worden ist, eine „action directe" im Sinne des Beschlusses des Völkerbundsrates vom 13. März 1925 darstellt.

In der Verfügung hatte das polnische Finanzministerium Maßnahmen getroffen, die einer Unterbindung der Einfuhr von aus dem Danziger Veredelungsverkehr stammenden Erzeugnissen nach Polen gleichkamen. Die Regierung der Freien Stadt Danzig sah sich daher genötigt, den Völkerbundskommissar zu bitten, durch Entscheidung zu bestimmen, daß die Verfügung des polnischen Finanzministeriums eine „action directe" darstelle, und daß die polnische Regierung gehalten sei, die ermähnte Verfügung unverzüglich aufzuheben.

Eine Lokomotive stürzt in die Tiefe Drei Tote

Aus Vancouver (Kanada) wird gemeldet: Die Lokomotive und vier Wagen eines Eisenbahnzuges stürzten in der Nähe von Vancouver von einer durch Ueberschwemmungen schadhaft gewordenen Brücke in die Tiefe. Dabei wurden drei Personen getötet und eine schwer verletzt.

Kündigung des Angestellten-Kommunaltarifvertrages in Rheinland und Westfalen

Der Arbeitgeberverband rheinisch-westfälischer Gemeinden hat, wie das Contibüro von Gewerkschaftsseite erfährt, den Angestellten-Kommunaltarifvertrag gekündigt. Man verhandelt über eine vorläufige Verlängerung des Tarifvertrages bis zum 31. Mai 1932, da es kaum möglich sein wird, die Verhandlungen über die Erneuerung des Gesamttarifvertrages bis zum 30. April zu beenden.

Die Angestelltenverbände weisen in diesem Zusammenhang auf die Erklärung des Reichsarbeitsministeriums hin, die ausführte, daß es nicht tunlich sei, im jetzigen Zeitpunkt die Tarifverträge zu kündigen, um jede Beunruhigung im Wirtschaftsleben zu vermeiden

Der Haushaltsausschuß des Reichstages

trat am Mittwochvormittag zu seiner ersten Sitzung nach der Osterpause zusammen. Zunächst wurde ein Antrag Heinig (Soz.) angenommen, der die Reichsregierung ersucht, rechtzeitig zu den Etatsberatungen dem Haushaltsausschuß Nachträge zu den Verzeichnissen über Darlehen aus Haushaltsmitteln, Unternehmungen, an denen das Reich beteiligt ist, und der vom Reiche übernommenen Bürgschaften und Garantien vorzulegen, aus denen der Stand vom 1. April 1932 ersichtlich ist.

Der Ausschuß beendete die vertrauliche Aussprache über die Lage der oberschlesischen Eisenindustrie, ohne bereits abschließend zu der Frage einer Reichshilfe Stellung zu nehmen.

Der Ausschuß tritt voraussichtlich am 26. April wieder zusammen, falls nicht das Reichswirtschaftsministerium einen früheren Zeitpunkt zur erneuten Beratung der oberschlesischen Industriefrage wünschen sollte.

Vor Besprechungen über den deutsch-französischen Handelsvertrag

Französische Blätter melden, daß demnächst unter dem Vorsitz des ehemaligen Unterstaatssekretärs Gignoux eine Unterkommission des deutsch-französischen Wirtschaftskomitees in Paris zusammentreten wird, die sich u. a. mit den am deutsch-französischen Handelsvertrag vorzunehmenden Aenderungen, dem Kontingentierungsproblem usw. beschäftigen soll. Deutscherseits seien als Teilnehmer u. a. vorgesehen: Staatssekretär Trendelenburg, das Mitglied des Aufsichtsrats der J. G. Farbenindustrie Lammers, der ehemalige Staatssekretär von Simson und Ministerialdirektor Dr. Ritter vom Auswärtigen Amt, französischerseits dürften teilnehmen: Theodor Laurent, Mitglied des Aufsichtsrats der Compagnie des Forges et Acieries de la Marine et d'Homecourt, Duchemin, Vorsitzender der „Production Francaise", Abg. Fougere als Vertreter der Lyoner Seidenindustrie und der Direktor für Handelsfragen im Handelsministerium Coulondre. Wie wir dazu erfahren, ist eine solche Sitzung wohl vorgesehen, jedoch ist ein Termin für ihre Abhaltung noch nicht festgesetzt.

Französisches Verkehrsflugzeug zwischen Damaskus und Bagdad verunglückt — Drei Tote

Das französische Verkehrsflugzeug der Strecke Damaskus—Bagdad ist über der Wüste von einem Sandsturm überrascht worden und etwa 300 Klm. von Bagdad entfernt gegen einen Hügel gestoßen und zerschellt. Der Pilot, der französische Mechaniker und der schweizerische Oberst de Regnier, Vorsitzender des Völkerbundsausschusses, der den genauen Verlauf der Grenze zwischen dem Irak und Syrien festsetzen will, wurden getötet.

Ein Geistesgestörter tötet Vater, Mutter und fünf Geschwister

In Verdal in der Nähe von Drontheim tötete ein 21jähriger Mann, vermutlich in einem Anfall von Geistesgestörtheit, Vater und Mutter und seine fünf Geschwister im Alter von 4 bis 20 Jahren. Der Mörder legte dann Feuer an das Wohnhaus und benachrichtigte Feuerwehr und Polizei. Bereits in den letzten Tagen waren bei dem Täter Anzeichen von tiefer innerer Erregung zu bemerken.

Vier Tote bei einem Großfeuer in Agram

Aus Agram, 30. März, wird gemeldet: In der vergangenen Nacht brach im zweiten Stockwerk eines vierstöckigen Hauses, in dem sich auch eine Filmverleihanstalt befand, am Dolac-Platz Großfeuer aus. Zahlreiche Filmrollen explodierten und in etwa einer Viertelstunde stand das ganze Haus vom Dachstuhl bis zum Erdgeschoß in Flammen.

45 Wohnungen mußten sofort geräumt werden. Die meisten Bewohner mußten mit Leitern und Sprungtüchern in Sicherheit gebracht werden. Unter größten Schwierigkeiten konnte der Brand in früher Morgenstunde lokalisiert werden.

Der Sachschaden soll sich auf mehrere Millionen Dinar belaufen.

Vier Menschen sind in den Flammen umgekommen. Die Zahl der Verletzten beträgt 29. Ein Teil der Verletzungen ist darauf zurückzuführen, daß Personen, die nicht mehr rechtzeitig aus dem brennenden Hause gerettet werden konnten, vom zweiten Stock aus auf die Straße sprangen.

Die Reichssteuereinnahmen im Februar 1932

Im Februar 1932 betrugen (in Mill. RM.) die Einnahmen des Reiches bei den Besitz- und Verkehrssteuern 366,3, bei den Zöllen u. Verbrauchsabgaben 192,8, zusammen 559,1. Im Februar fielen Zahlungstermine für die Vorauszahlungen auf die Vermögenssteuer und die Aufbringungsumlage 1931. Außerdem wirkte sich im Februar erstmalig die Erhöhung der Umsatzsteuer sowie die neu eingeführte Umsatzausgleichsteuer aus. Gegenüber Februar 1931 sind ohne Berücksichtigung von 1,3 der mit dem 1. Februar 1931 aufgehobenen Reichshilfe im Februar 1932 an Besitz- und Verkehrssteuern 39,0, an Zöllen und Verbrauchsabgaben 32,7, insgesamt 71,7 weniger aufgekommen. Das Aufkommen in diesen beiden Monaten ist aber nicht ohne weiteres vergleichbar, weil in der Zwischenzeit in sehr wesentlichen Punkten Aenderungen in der Gesetzeslage eingetreten sind. So ist z. B. die Krisensteuer neu eingeführt, die Umsatzsteuer erhöht und andererseits die Aufbringungsumlage gegenüber dem Vorjahre gesenkt worden.

Wiederaufnahme des Falles Bullerjahn

Der 4. Strafsenat des Reichsgerichts hat in einer Sitzung am 22. März beschlossen, die Wiederaufnahme des Verfahrens im Falle Bullerjahn und die Erneuerung der Hauptverhandlung anzuordnen. Dieser Beschluß ist den Beteiligten Mittwoch vormittag zugestellt worden.

Das Reichsgericht hatte im Dezember 1925 Bullerjahn wegen Landesverrats zu 15 Jahren Zuchthaus verurteilt. Nachdem der Verurteilte etwa 6 Jahre verbüßt hatte, wurde er, damit er das Wiederaufnahmeverfahren betreiben konnte, aus dem Zuchthause entlassen.

Kleine politische Nachrichten

Kommunistische Zersetzungsversuche in der Reichswehr

Jugendliche Kommunisten warfen kommunistisches Zersetzungsmaterial in großen Massen über die Umfassungsmauern der Reichswehrkaserne in Itzehoe. Der Vorgang wurde sofort der Polizei gemeldet, der es auch gelang, den Tätern bald auf die Spur zu kommen; sieben wurden verhaftet.

Waffenfunde in Bayern

Drei Mitglieder der nationalsozialistischen SA. in Rosenheim haben vor kurzem von einem Landwirt bei Endorf ein leichtes Maschinengewehr, drei Infanteriegewehre, eine größere Anzahl Munition und Leuchtpistolen erhalten und diese Gegenstände nach Rosenheim in das Anwesen des dortigen forstwissenschaftlichen Gaufachberaters der NSDAP. gebracht. Im Verlauf der polizeilichen Erhebungen über diesen Vorfall sind einige weitere aus der Zeit der Einwohnerwehr stammende Waffenlager und eine größere Menge Telephongeräte aus Heeresbeständen sichergestellt worden.

Der französische Budgetvorschlag vom Senat verabschiedet

Der französische Senat hat in einer Nachtsitzung den Budgetvoranschlag für 1932 verabschiedet. Nach den vielen Aenderungen, die der Senat an dem Kammerprojekt vorgenommen hat, laufen die Einnahmen nunmehr mit 41 087 273 326 Franken, die Ausgaben mit 41 083 386 532 Franken aus, sodaß ein Einnahmeüberschuß von 3 886 794 Franken zu verzeichnen wäre. Die Vorlage geht nunmehr wieder an die Kammer zurück. Aus der Nachtsitzung des Senats wird bekannt, daß bei der Abstimmung über den Budgetvoranschlag für 1932 auch die im Senat sitzenden 19 Sozialisten gegen das Budget gestimmt haben.

Kriminalfälle

Strafverfahren gegen den Segelflieger Grönhoff — Der fahrlässigen Tötung verdächtig

Wie die Deutsche Allgemeine Zeitung aus Darmstadt berichtet, wird die Staatsanwaltschaft gegen den Segelflieger Grönhoff das Verfahren wegen fahrlässiger Tötung einleiten. Grönhoff, der am Karfreitag einen Selbstmordversuch gemacht hatte, weil seine Braut bei einem Autounfall ums Leben gekommen war, ist anscheinend schuld an dem Tode, da er ihr das Steuer überließ, obwohl sie keinen Führerschein hatte.

Massentodesurteil gegen Neger in Kenya

60 Eingeborene aus einem Dorfe in der Ukamba-Reservation, die wegen Ermordung einer „Hexe" zum Tode verurteilt wurden, werden in Kürze hingerichtet werden, da ihre Berufung durch den Gerichtshof in Kampala abgewiesen wurde. Der Führer der Angeklagten erklärte, daß die Ermordete eine schwere Krankheit über seine Frau heraufbeschworen habe. Zahlreiche Eingeborene hatten die Hexe nach der Hütte der Kranken gezerrt und ihr befohlen, den Zauber zu lösen. Sie habe das jedoch nur halb getan und sei dann davongelaufen, worauf ihr die Angeklagten, hauptsächlich junge Männer, nachgesetzt seien und sie totgeschlagen hätten. Dies ist die größte Anzahl von Todesurteilen, die je in der Geschichte Kenyas in einem einzigen Prozeß gefällt wurde.

Großer Bankraub in Minneapolis

Aus Minneapolis wird berichtet: Sieben mit Maschinengewehren, Gewehren und Pistolen bewaffnete Männer drangen in eine entfernte Filiale der Northwestern National Bank ein, stahlen 50 000 Dollar in bar und 150 000 Dollar in Wertpapieren. Die Räuber flüchteten mit ihrer Beute.

Neue kirchenfeindliche Ausschreitungen in Spanien

In der Ortschaft Huescar in der Provinz Granada überfielen etwa 300 sogenannte Extremisten eine Prozession, bemächtigten sich der in der Prozession mitgeführten Fahnen und zogen unter Absingung der Internationale durch die Dorfstraßen. Die Bewohner gerieten darüber in so starke Erregung, daß sie verschiedentlich aus den Häusern auf die Unruhestifter feuerten und einige von ihnen schwer verletzten. Gendarmerie stellte schließlich die Ruhe wieder her.

Beitritt Perus zum Protokoll des Instituts des Internationalen Schiedsgerichts

Der Führer der peruanischen Völkerbundsdelegation hat dem Völkerbundssekretär die Ratifikationsurkunde seiner Regierung zum Protokoll des Statuts des Ständigen Internationalen Gerichtshofes im Haag und zur Fakultativklausel des Statuts über die obligatorische Schiedsgerichtsbarkeit überreicht.

Folgenschwerer Familienstreit

In Bad Wildungen erschoß der 73jährige Pensionsinhaber Gruenert im Streit seinen etwa 50 Jahre alten Schwiegersohn. Gruenert wurde nach der Tat vom Herzschlag getroffen.

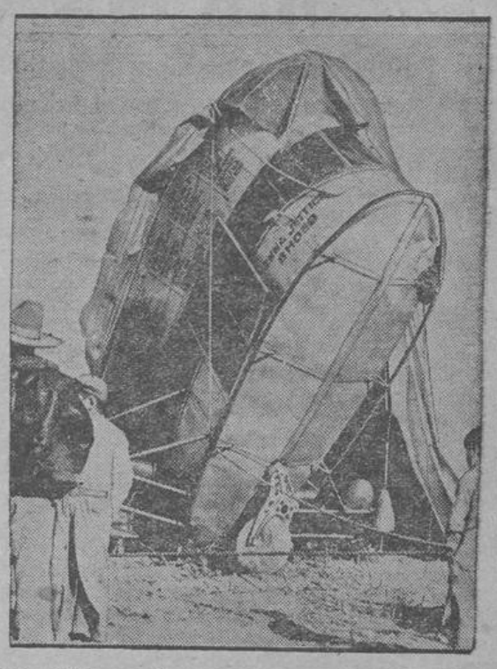
Lehrerkündigungen (Deutsche und Optanten) im Memelgebiet

Der Vorsitzende des Memeldirektoriums, Simaitis, der Volksschullehrer von Beruf ist, hat 20 Volksschullehrern, die deutsche Staatsangehörige oder Optanten sind, den Dienst gekündigt. Bereits vor einigen Wochen wollte Direktor Tolischus, als er mit der Führung der Geschäfte des Landesdirektoriums nach Absetzung des Präsidenten Böttcher beauftragt wurde, einer Reihe von reichsdeutschen Lehrern im Memelgebiet den Dienst kündigen. Damals wurde auf Eingreifen der Mehrheitsparteien der Plan verhindert. Simaitis hat ihn nunmehr durchgeführt.

Seltsame Aufdeckung einer Mordtat

Eine Mordtat ist in Paris auf seltsame Art aufgeklärt worden. Zuerst wurde nämlich der mutmaßliche Mörder verhaftet und erst später die Mordtat entdeckt. Das Pförtnerehepaar eines Hauses in Paris stellte in der Nacht fest, daß die Lichtleitung an einer Stelle abgeschnitten war, schenkte dieser Tatsache aber zuerst keine weitere Beachtung. Erst als die Pförtnersfrau am Morgen ihren Morgenrock aus dem Waschkabinett holen wollte, wurde sie stutzig; denn in ihrem Waschkabinett fand sie einen unbekannten Mann, der als ein Elektromonteur identifiziert wurde und der vor einiger Zeit im Hause gearbeitet hat. Bei ihm fand man ein Bajonett und einen großen Hammer. Der Elektromonteur, der 21 Jahre alte Vasseur, sagte, er habe sich im Hause versteckt, um als Arbeitsloser über Nacht unterschlüpfen zu können. Inzwischen aber hatte ein 17 Jahre alter Student in der in diesem Hause gelegenen Wohnung seine Mutter ermordet gefunden, und zwar war die Bluttat mit einem Bajonett ausgeführt worden. Der Polizeikommissar, der den mutmaßlichen Mörder bereits einmal verhört hatte, ließ ihn aufs neue vorführen. Vasseur bekannte zwar, Eigentümer des Bajonetts zu sein, leugnete aber, die Mordtat an der 50 Jahre alter Frau Chesneau begangen zu haben, obwohl man bei ihm außer 1500 Franken auch Schmuckstücke fand, die nach Aussage der Kinder der Frau Chesneau gehörten.

Was von einem Luftschiff übrig blieb



Die Trümmer eines amerikanischen Reklame-Luftschiffs, dessen Hülle in der Luft zerriß, sodaß das ganze Heliumgas ausströmte und das Luftschiff auf ein Feld bei Client (Texas) niederstürzte.

Teilweises Auslandsmoratorium Bulgariens

Präsident Muschanoff gab bei einem Presseempfang Erklärungen über die vom Finanzkomitee des Völkerbundes empfohlenen Erleichterungen des ausländischen Schuldendienstes ab, um die Bulgarien ersucht hatte. Er führte aus, daß Bulgarien während eines Zeitraumes von sechs Monaten einen Nachlaß in der Höhe von 50 Prozent auf die in dieser Periode fälligen Zahlungen für ausländische Vor- und Nachkriegsdarlehen erhalte. Die auf solche Art eingesparten Beträge werden auf einem in Leva geführten Konto bei der Bulgarischen Nationalbank gesammelt und sollen mit Zustimmung des Völkerbundsvertreters etwaige Etatdefizite decken helfen. Bulgarien werde auch weiterhin von den Möglichkeiten des Hooverschen Reparationsmoratoriums solange Gebrauch machen, bis das Reparationsproblem in der Lausanner Konferenz einer Lösung zugeführt ist. Was das Staatsbudget anlangt, so habe das Finanzkomitee den schon einmal erteilten Rat, strengste Sparsamkeit walten zu lassen, mit allem Nachdruck wiederholt. Das Finanzkomitee habe der bulgarischen Regierung empfohlen, mit den Besitzern bulgarischer Titres Verhandlungen anzuknüpfen, um über die Bulgarien zu gewährenden Zahlungserleichterungen zu einem definitiven Abkommen zu gelangen. Die durch diese Ermächtigungen des Völkerbundskomitees erwarteten Einsparungen werden vom Präsidenten Muschanoff auf 91 Mill. Levas monatlich geschätzt. Präsident Muschanoff dankte am Schluß seiner Erklärung im Namen der Regierung dem Finanzkomitee für seine Ratschläge und sprach die Hoffnung aus, daß die mit den Titresinhabern zu führenden Verhandlungen zu einem dem Sinne dieser Empfehlungen entsprechenden Abkommen führen werden.

Günstiger Haushaltsabschluß in England

Aus London wird gemeldet: Das am 31. März abschließende Finanzjahr wird, wie der Amtliche Britische Funkdienst meldet, ein ausgeglichenes Budget und darüber hinaus einen kleinen Ueberschuß aufzuweisen haben. Der Hauptanteil an diesem Ergebnis wird der beschleunigten Zahlung der Einkommensteuer zugeschrieben, die seit Beginn des Jahres mit drei Millionen Pfund im Tagesdurchschnitt eingegangen ist.

Haydn-Huldigung in seinem Geburtsort



Anläßlich der 200. Wiederkehr des Geburtstages Joseph Haydns wurde an dem Geburtshaus des großen österreichischen Komponisten in Rohrau an der Leitha ein Gedenkrelief enthüllt

Tausenden von Hausfrauen verkündet das Radio:

Richtig wirtschaften heißt-Sanella nehmen!



Einer der praktischen Ratschläge von „Sanne und Ella":

„Geben Sie Ihren Kindern statt teuren Brotaufstrichs und teuren Belags einfach Sanella aufs Brot, dazu frische Äpfel! Das ist gesünder, schmeckt prachtvoll und spart Geld!"

„Sanne und Ella" haben recht — Sanella ist wirklich köstlich als Brotaufstrich — so nahrhaft und bekömmlich — ebenso wie alle Speisen, die Sie mit Sanella bereiten! Also brauchen Sie wie „Sanne und Ella" stets Sanella — und lassen Sie sich ihre weiteren Ratschläge nicht entgehen! Verfolgen Sie sie in dieser Zeitung und im Radio — es wird Ihr Vorteil sein!



Von Millionen Hausfrauen bevorzugt!

Ostasien und der Völkerbund

Die Völkerbundskommission berichtet

Die Untersuchungskommission des Völkerbundes richtete von Schanghai aus an den Generalsekretär des Völkerbundes folgende Mitteilung:

Die Untersuchungskommission traf am 29. Februar in Japan ein, hielt sich meistens in Tokio auf und verließ Japan wieder am 11. März. Trotz der Kürze ihres Aufenthaltes trat die Kommission in Japan mit dem Außenminister, dem Kriegsminister, dem Marineminister, mit den hauptsächlichsten Vertretern der Geschäftswelt und den Völkerbundsfreunden in Beziehung, wobei sie sich über die verschiedenen Ansichten zu den Hauptpunkten ihres Untersuchungsprogramms Rechenschaft geben konnte. Aehnliche Besprechungen hatte die Kommission in Osaka mit führenden Geschäftsleuten. Am 14. März traf die Kommission in Schanghai ein und reiste am 26. März nach Nanking weiter. Während des Aufenthaltes in Schanghai orientierte sich die Kommission über die Ansichten zahlreicher Chinesen und Ausländer, der politischen Kreise, der Universitäten und der kirchlichen Kreise sowie der Geschäftsleute über den ganzen Fragenkomplex der Beziehungen Chinas und Japans. Die Kommission trat auch offiziell in Verbindung mit den Vertretern der Nationalregierung der Republik China und hatte eine Besprechung mit dem Vizepräsidenten der Exekutive und dem Vertreter des Außenministeriums. Die Kommission beabsichtigt, vier Tage in Nanking zu bleiben, Peking Ende der ersten Aprilwoche zu erreichen und zu Beginn der dritten Aprilwoche in der Mandschurei einzutreffen.

Die „Begleiter" der Kommission

Der Korrespondent des „Daily Telegraph" in Tschangtschun meldet: Die Untersuchungskommission des Völkerbundes ist von einer Anzahl Chinesen und von Ausländern begleitet, die der eigentlichen Kommission nicht angehören. Diese Persönlichkeiten sind von der neuen mandschurischen Regierung warnend darauf hingewiesen worden, daß sie sich strikt auf ihre Tätigkeit im Bereich der Kommission beschränken müssen. Falls sie die Kommission als Deckung benutzen sollten, um irgendetwas gegen den neuen mandschurischen Staat zu unternehmen, so werde man sie festnehmen und dem Konsul ihres Heimatlandes zur Abschiebung übergeben.

Neuer Schritt Chinas beim Völkerbund

Die Agentur Indo Pacifique meldet aus Schanghai: Der chinesische Beisitzer der Untersuchungskommission des Völkerbundes, Wellington Koo, habe erklärt, China werde sich erneut an den Völkerbund wenden, falls die Schanghaier Konferenz scheitern sollte.

Der Mandschureistaat braucht japanische Truppen

Der Präsident der mandschurischen Republik hat, wie aus Peking gemeldet wird, den japanischen General Honjo um Entsendung von Truppen zur Bekämpfung des „Bandenunwesens" ersucht. Damit ist offenbar auch die neue chinesische Offensive in der Mandschurei gemeint.

Die Lebenshaltungskosten der Familie Sklarek

Im weiteren Verlauf des Sklarekprozesses bekundete der Buchmachergehilfe von Lindenau, daß Willi Sklarek bei ihm im Jahre 1924 und 1928

60 bis 100 000 Mark in Wetten umgesetzt

habe. Es sei ein

Verlust von etwa 20 000 Mark pro Jahr für Willi Sklarek

entstanden. Dann wurde die Schwägerin Willi Sklareks, Frau Bärsch, vernommen.

Woher Willi Sklarek jetzt das Geld zum Lebensunterhalt

nehme, könne sie nicht sagen. Es würden ab und zu Schmucksachen der Frau Sklarek verkauft. Vorsitzender: „Vor zehn Minuten hat erst Willi Sklarek gesagt, daß seine Frau überhaupt keinen Schmuck bekommen hat. Wissen Sie, ob Willi Sklarek irgendwo noch ein Bankkonto oder einen Safe mit einer Million hat?" Zeugin: „Davon habe ich keine Ahnung." Die Zeugin gab weiter an, daß man sehr bescheiden lebe und für das Mittagessen für den siebenköpfigen Haushalt nicht mehr als 2,50 Mk. ausgebe. Auch die nächste Zeugin Ussat, die früher Köchin bei Willi Sklarek war, jetzt aber ohne Gehalt bei ihm lebt, machte ähnliche Aussagen. Die Zeugin Richter, die Hausangestellte von Willi Sklarek, bekundete, daß sie 40 Mk. Gehalt bekomme, daß die Zahlung aber sehr schleppend sei. Sie bleibe hauptsächlich aus Anhänglichkeit bei der Familie Sklarek, wo man sehr bescheiden lebe.

Anklage wegen Verletzung der Verpflichtung zur Amtsverschwiegenheit

Der Generalstaatsanwalt beim Kammergericht hat gegen den Vorsitzenden des Stinnesprozesses erster Instanz, Landgerichtsdirektor Arndt, Anklage wegen Verletzung der Verpflichtung zur Amtsverschwiegenheit erhoben. Ueber diese Anklage wird der Dienststrafsenat befinden. Im Ehrengerichtsverfahren befinden sich die Anträge, die die an dieser Affäre beteiligten Anwälte betreffen, in Vorbereitung.

Der „dankbare" Klient. Aus Texarkana (Arkansas) wird berichtet: Ein Neger, der angeklagt war, Hühner gestohlen zu haben, bot einem Rechtsanwalt als Honorar für seine Verteidigung Hühner an, da er kein Geld besaß. Der Rechtsanwalt nahm das sonderbare Anerbieten an. Als er aber die Honorarhühner in Augenschein nahm, mußte er zu seiner nicht geringen Ueberraschung feststellen, daß es dieselben Hühner waren, die ihm in der Nacht, in der der Neger verhaftet worden war, gestohlen worden waren.

Verhaftung einer Kindesmörderin

Aus Glogau wird gemeldet: Die am Donnerstag unter dem Verdacht des Kindesmordes verhaftete Wirtschafterin Berta Haupt aus Zeipau (Kreis Sagan) hat eingestanden, ihre zwei neugeborenen Kinder in heißem Wasser ertränkt und dann verbrannt zu haben. Gleichzeitig hat die Kindesmörderin mehrere Verbrechen gegen § 218 eingestanden.

Ordnung

für die Erhebung einer Gemeindebiersteuer in der Stadtgemeinde Burscheid

Auf Grund des § 2 des Zweiten Abschnitts der Verordnung des Reichspräsidenten vom 26. 7. 1930 in der Fassung des § 3, Kapitel II, Erster Teil der Verordnung des Reichspräsidenten vom 19. 3. 1932, der Durchführungsbestimmungen über die Gemeindebiersteuer, Gemeindegetränkesteuer und Bürgersteuer vom 4. 9. 1930, und der §§ 13, 18, 69. 70, und 82 des Preußischen Kommunalabgabengesetzes vom 14. 7. 1893 in seiner gegenwärtig geltenden Fassung sowie des Beschlusses des Gemeindevorstandes vom 30. März 1932, der auf Teil IV Kapitel I § 1 Absatz 1 der Preußischen Sparverordnung vom 12. 9. 1931 beruht, wird folgende Biersteuerordnung erlassen:

§ 1

Der örtliche Verbrauch des im Gemeindebezirk hergestellten und des in den Gemeindebezirk eingeführten Bieres unterliegt einer Steuer nach Maßgabe dieser Ordnung.

§ 2

Die Steuer beträgt

bei Einfachbier	3,00	Reichsmark
„ Schankbier	4,50	„ „
„ Vollbier	6,00	„ „
„ Starkbier	9,00	„ „

für ein Hektoliter.

§ 3

Die Steuerpflicht tritt ein:

a) für das im Gemeindebezirk hergestellte Bier, sobald es aus der Herstellungsstätte in den freien Verkehr innerhalb des Gemeindebezirks gebracht, oder in einen mit der Herstellungsstätte verbundenen Ausschank überführt oder in der Herstellungsstätte oder im Haushalt des Herstellers verbraucht wird,
b) für das in den Gemeindebezirk eingeführte Bier mit dem Zeitpunkt der Einführung.

§ 4

1. Steuerfrei ist:

a) Bier, das als unbrauchbar in die im Gemeindebezirk gelegene Herstellungsstätte zurückgenommen wird (sogenanntes Retourbier),
b) Bier, das durch den Gemeindebezirk nur durchgeführt wird,
c) Bier, das von den Brauereien an ihre Angestellten und Arbeiter an Ort und Stelle als Haustrunk abgegeben wird, soweit es auch von der Reichsbiersteuer befreit ist.

2. Für versteuertes Bier wird die Steuer zurückerstattet, wenn glaubhaft nachgewiesen wird,

a) daß es aus dem Gemeindebezirk ausgeführt worden ist, oder
b) daß es als unbrauchbar in die im Gemeindebezirk gelegene Herstellungsstätte zurückgenommen worden ist.

§ 5

Steuerpflichtig ist:

a) im Falle des § 3a der Hersteller,
b) im Falle des § 3b der Einführer.

§ 6

Hersteller und Einführer, die Bier gewerbsmäßig in den Verkehr bringen, sind verpflichtet, die Eröffnung ihres Betriebes binnen 3 Tagen nach der Eröffnung bei der Steuerbehörde anzumelden. Inhaber von Betrieben, die bei Erlaß dieser Steuerordnung bereits bestehen, haben den Betrieb binnen drei Tagen nach der Veröffentlichung der Steuerordnung bei der Steuerstelle (Rathaus) anzumelden.

§ 7

Die nach § 6 Anmeldepflichtigen haben Steuerbücher nach einem vom Gemeindevorstand vorgeschriebenen Muster über den Ein- und Ausgang steuerpflichtigen Bieres zu führen und die Bücher jederzeit zur Einsicht des Aufsichtsbeamten bereit zu halten, auf Erfordern auch der Steuerbehörde vorzulegen. Soweit der Ein- und Ausgang steuerpflichtigen Bieres auf Grund der Reichssteuergesetze in besondern Steuerbüchern aufgezeichnet wird, oder soweit die sonstigen Geschäftsbücher die für die Steuer auf den örtlichen Verbrauch von Bier erforderlichen Angaben nach Ansicht der Steuerbehörde hinreichend erkennen lassen, kann die Steuerbehörde Befreiung von der Führung eines besonderen Steuerbuchs gewähren.

§ 8

Die Betriebs- und Lagerräume der nach § 6 Anmeldepflichtigen unterliegen der Steueraufsicht. Die Aufsichtsbeamten sind befugt, die Räume zu diesem Zwecke in den üblichen Geschäftsstunden zu betreten. Die Inhaber der Räume sind verpflichtet, den Beamten die zur ordnungsmäßigen Durchführung der Aufsichtsobliegenheiten erforderliche Hilfe zu leisten oder leisten zu lassen.

§ 9

1. Die nach § 6 anmeldepflichtigen Hersteller von Bier haben das während eines Kalendermonats gemäß § 3a steuerpflichtig gewordene Bier spätestens am 10. Tage des nächstfolgenden Monats der Steuerbehörde auf dem vom Gemeindevorstand vorgeschriebenen Vordruck zur Versteuerung anzumelden und die sich danach ergebende Steuer gleichzeitig an die Steuerkasse zu entrichten.

2. Ebenso haben die nach § 6 anmeldepflichtigen Einführer von Bier das während eines Kalendermonats gemäß § 3b steuerpflichtig gewordene Bier spätestens am 10. Tage des nächstfolgenden Monats der Steuerbehörde auf dem vom Gemeindevorstand vorgeschriebenen Vordruck zur Versteuerung anzumelden und die sich danach ergebende Steuer gleichzeitig an die Steuerkasse zu entrichten.

3. Die übrigen Steuerpflichtigen, die nicht gewerbsmäßig Bier in den Verkehr bringen, haben die Anmeldung bei der Steuerbehörde binnen 8 Tagen nach Eintritt der Steuerpflicht (§ 3) zu bewirken und die sich ergebende Steuer gleichzeitig an die Steuerkasse zu entrichten.

4. In allen Fällen bedarf es eines Steuerbescheides nur, wenn die Steuerbehörde einen höheren als den von dem Steuerpflichtigen errechneten Steuerbetrag festsetzt. In diesem Falle ist der Mehrbetrag sofort nach dem Erhalt der Festsetzung zu zahlen. Erfolgt bis zum nächsten Abrechnungstermin keine Beanstandung der eingereichten Steuerberechnung, so gilt sie als endgültige Veranlagung, für die die Rechtsmittelfrist von diesem Abrechnungstage an zu laufen beginnt.

5. Unterbleibt die Anmeldung, oder erstattet der Pflichtige die Anmeldung nicht rechtzeitig, oder kann er auf die Aufforderung der Steuerbehörde keine ausreichende Aufklärung für seine Angaben geben, oder verweigert er weitere Auskunft, so kann die Steuerbehörde den steuerpflichtigen Betrag, nötigenfalls unter Zuziehung von Sachverständigen, schätzen und die Steuer danach festsetzen.

§ 10

Wer, ohne Einführer im Sinne des § 5b zu sein, als Frachtführer, Verfrachter oder in ähnlicher Eigenschaft die Beförderung des von auswärts in den Gemeindebezirk eingeführten Bieres besorgt, ist verpflichtet, der Steuerbehörde über die von ihm besorgten Beförderungen nach näherer Vorschrift des Gemeindevorstandes Auskunft zu geben, auf Erfordern auch die zu den Sendungen gehörigen Begleitpapiere, Frachtbriefe usw. vorzuzeigen.

§ 11

Die Steuerbehörde kann die Steuer in einzelnen Fällen aus Billigkeitsgründen ganz oder teilweise erlassen.

§ 12

Die Vorschriften der §§ 101, 162, 168, 169, 170 Abs. 2, 173, 177, 180, 183, 191, 193, 196, 197 Abs. 1 und 2, 198, 199, 204 bis 208 und 210 Abs. 1 und 2 der Reichsabgabenordnung sind sinngemäß anzuwenden.

§ 13

Den Steuerpflichtigen stehen gegen die Heranziehung zur Steuer die in den §§ 69 ff. des Kommunalabgabengesetzes angeordneten Rechtsmittel zu.

§ 14

Zuwiderhandlungen gegen die Vorschriften dieser Steuerordnung und die vom Gemeindevorstand erlassenen Ausführungsbestimmungen werden mit Geldstrafe bis zu dem nach dem Kommunalabgabengesetz in Verbindung mit der Verordnung über Vermögensstrafen und Bußen vom 6. 2. 1924 (RGBl. I S. 44) und etwaigen späteren Änderungen zulässigen Höchstmaß bestraft, sofern nicht nach sonstigen Gesetzen eine höhere Geldstrafe oder Freiheitsstrafe verwirkt ist.

§ 15

1. Diese Steuerordnung tritt mit dem 1. April 1932 in Kraft. Mit dem gleichen Tage treten die bisherigen Biersteuerbestimmungen außer Kraft.

2. Rechtsvorgänge, die vor dem Inkrafttreten dieser Steuerordnung steuerpflichtig geworden sind, unterliegen der Besteuerung nach den bisherigen Bestimmungen.

Burscheid, den 30. März 1932.

Der Bürgermeister: Rohde.

Bezirksausschuß 1. Abteilung
Aktenzeichen I. C 616 32
1 Düsseldorf, den 30. März 1932.

Die von dem Verwaltungsorgan der Stadtgemeinde Burscheid am 30. März 1932 beschlossene Ordnung für die Erhebung einer Gemeindebiersteuer in der Stadtgemeinde Burscheid wird für die Zeit bis zum 31. März 1933 genehmigt.

Namens des Bezirksausschusses
Der Vorsitzende.
In Vertretung: gez. Dr. Perlia.

Veröffentlicht:
Burscheid, den 30. März 1932.
Der Bürgermeister: Rohde.

Bekanntmachung

Die Ausstellung von Milchscheinen soll in den Fällen unterbleiben, wo nach Lage der ganzen Verhältnisse eine Milchziege gehalten werden kann. Vorerst ersuche ich alle diejenigen, welche eine Ziege halten wollen, sich bis zum 9. April auf dem Wohlfahrtsamt (Zimmer 6) zu melden.

Burscheid, den 30. März 1932.

Der Bürgermeister: Rohde.

Preuß. Klassen-Lotterie

Das Einlösen der Lose zur 1. Klasse hat bis zum 1. April zu geschehen.

Lose empfiehlt:
1/8 Los 5.— RM 1/4 Los 10.— RM

Kaufen Sie Ihre Lose am Platze. Keine Portoauslagen. Kein Verlust des Anrechts durch verspätetes Einlösen. Diskrete Gewinnauszahlung.

Otto Weber, Burscheid, Fernsprecher 539

Industrie-Speisekartoffeln
ferner
Saatkartoffeln
Pauls Juli
Holländische Erstlinge
Blaue Odenwälder
habe ich in guter keimfähiger Ware am Lager.
Wilhelm Haas
Burscheid Telefon 595.

Erhielt heute noch 1 Waggon
Dornaper Düngekalk
und kann derselbe an meinem Lager abgeholt werden.
Wilhelm Haas
Burscheid Fernruf 595.

Auch ohne vorheriges Angebot einzuholen immer noch billigste Lieferung in
roter Asche
50 Rpf per Zentner franko Haus. Bei Abnahme von größeren Quantitäten Preisermäßigung.
Kuno Sommerlade
Burscheid, Bismarckstraße
Fernruf 330, Autobetrieb.

Bestes
Feldheu und Haferstroh
hat abzugeben
Anton Hachenberg
Geilenbach bei Burscheid.

Inserieren bringt Gewinn!

Bergischer Volksbote

Druck und Verlag von Hermann Claas, Burscheid — Burscheider Zeitung — Nr. 75 — 2. Blatt — Donnerstag, 31. März 1932

Die Presse als Hüterin der Wahrheit

Es ist für eine Zeitungsredaktion natürlich eine Unmöglichkeit, ihren täglichen Stoff, der über Ereignisse in aller Welt berichtet, selbst auf seine Wahrheit zu prüfen. Sie muß sich auf die Berichterstatter verlassen, aber oft haben auch diese mit vielerlei Schwierigkeiten zu kämpfen.

Es ist ein gutes Zeichen für den Teil der verantwortungsbewußten Presse, der sich wirklich im Dienst der Wahrheit weiß, daß sie im Organ der Deutschen Zeitungsverleger, im „Zeitungsverlag", den Schäden einer mangelhaften oder gar lügenhaften Berichterstattung zu Leibe gehen. Das Organ beklagt sich über die mancherlei Falschmeldungen, die jetzt wieder aus dem fernen Osten kommen. Es wird darauf hingewiesen, daß es nicht leicht ein Volk auf Erden gibt wie das chinesische, in dem die Gerüchte eine so unheimliche und geradezu gigantische Rolle spielen. Auf die Zuträger solcher Gerüchte sind die Zeitungskorrespondenten vielfach angewiesen, denn es ist ganz unmöglich für sie, immer gerade an der Stelle zu sein, wo etwas passiert. Dazu kommt, daß der Chinese ein ganz anderes Zahlengefühl hat als wir und auch sonst leicht zum Aufbauschen neigt. So wird z. B. von rasendem Trommelfeuer der Japaner auf die chinesischen Gräben berichtet. Die Japaner sollen gleichzeitig die chinesische Stellung erstürmt haben. Am andern Tag erfährt man dann zur größten Verwunderung, daß die Japaner ganze vier Mann Verluste hatten. Es kann sich also um keine große Aktion gehandelt haben.

Andere Schwierigkeiten, die sich einer wahren Berichterstattung in den Weg stellen, bestehen darin, daß die Nachrichten oft aus tendenziös gefärbten Quellen stammen. Man braucht dabei nur an Rußland zu denken. Besonders schlimm ist es aber, wenn sich neulich der Chefredakteur einer sorgfältig geleiteten Heimatzeitung über geradezu „gefälschte Nachrichten" gewisser Zeitungsmitarbeiter beklagen mußte, die Zeitungen bloßstellen, die nicht auf der Hut sind. Wenn trotzdem ein Großteil unserer deutschen Presse einen weithin vertrauenswürdigen Stoff bietet, so kann ihr das nur zur Ehre angerechnet werden. Sie wird sich mit dem guten Teil der Leser darin eins wissen, daß das höchste Ziel nicht Sensation und Verzerrung, sondern die Wahrheit ist.

Die Gemeindebiersteuer ist wieder da!

In unserem gestrigen Stadtratsbericht brachten wir in unserem Stimmungsbild bei der Ablehnung der Weitererhebung der Bier- und Getränkesteuer u. a. folgende Ausführungen: „Unsere Stadtväter haben sich diesem Notschrei des schwer um seine Existenz ringenden Gastwirtestandes nicht verschlossen, und gegen die Stimme des Bürgermeisters die Weitererhebung der Bier- und Getränkesteuer abgelehnt. Doch machen wir uns keine Illusionen. Die ganze Sache wird durch diesen Beschluß keineswegs geändert, denn nur wenige Tage werden vergehen, bis die Verfügung des Regierungspräsidenten eintrifft, daß die Weitererhebung der Bier- und Getränkesteuer in der Höhe des Vorjahres zwangsweise verordnet wird".

Und unsere Zeitung war noch kaum in den Händen aller unserer Leser, da flattert uns schon eine Bekanntmachung über die Erhebung einer Gemeindebiersteuer in der Stadtgemeinde Burscheid auf den Redaktionstisch, die u. a. besagt, daß die von dem Verwaltungsorgan der Stadtgemeinde Burscheid am 30. März 1932 beschlossene Ordnung für die Erhebung einer Gemeindebiersteuer in der Stadtgemeinde Burscheid für die Zeit bis zum 31. März 1933 vom Bezirksausschuß in Düsseldorf genehmigt wird.

Erstaunt wird der Leser sagen, daß in unserer gestrigen Ausgabe berichtet wurde, die Bier- und Getränkesteuer sei von der Stadtverordnetenversammlung abgelehnt worden, während doch oben angeführt ist, daß das Verwaltungsorgan der Stadtgemeinde Burscheid die Ordnung für die Erhebung einer Gemeindebiersteuer in der Stadtgemeinde Burscheid beschlossen habe. Man muß da nämlich bedenken, daß die Stadtverordnetenversammlung gar nichts mit dem Verwaltungsorgan zu tun hat. Das Verwaltungsorgan hat dafür Sorge zu tragen, daß der Etat der betr. Stadtgemeinde auch die nötige Deckung aufweist. Da diese Deckung aber von der am Dienstag stattgefundenen Stadtratssitzung abgelehnt wurde, hat das Verwaltungsorgan kraft seiner Befugnisse aus der Notverordnung die Gemeindebiersteuer einfach angeordnet, die nun auch die Bestätigung der Aufsichtsbehörde gefunden hat. In der im heutigen Anzeigenteil veröffentlichten Ordnung für die Erhebung einer Gemeindebiersteuer in der Stadtgemeinde Burscheid — auf die wir an dieser Stelle ganz besonders hinweisen — ist nur von der Gemeindebiersteuer die Rede. Aber auch die Getränkesteuer wird nicht lange auf sich warten lassen. Wenig Zeit wird darüber verstreichen, bis wir auch deren Zwangseinführung im Anzeigenteil unserer Zeitung bekanntgeben.

So haben wir wieder die gleichen Verhältnisse wie vor dem 29. März, wo der Stadtrat tagte, der ja die Weitererhebung dieser Steuern ablehnte, was, wie wir oben sehen, ja nur eine Geste war.

Ein treuer Sohn unserer Heimat

Nach 36 wechselvollen Jahren kehrte ein Sohn unserer Gemeinde, Herr Hugo Mebus, vor einiger Zeit aus Peru in Südamerika zu einem Besuche in seine geliebte Heimat zurück. Damit ging ihm der sehnsuchtsvolle Wunsch, der ihn all die langen Jahre hindurch mit ihren Erfolgen und Enttäuschungen stets begleitet hatte, endlich in Erfüllung.

Aber ein bitterer Wermutstropfen fällt in den Freudenbecher. Sieht er doch die heißgeliebte deutsche Heimat, die er während ihres glanzvollen Aufstieges verließ, in einer Zeit wieder, wo sie in tiefster Not darniederliegt, inmitten eines furchtbaren wirtschaftlichen Niederganges, politisch zerrissen, von äußeren und inneren Feinden bedroht, ohne Anzeichen einer baldigen Besserung.

Umso lieber kehrt da der Blick in die Vergangenheit zurück. Fesselnd weiß der Heimgekehrte zu erzählen aus der Jugendzeit, die er in Wietsche verlebte, von seinen Schuljahren, als in der Schule Paffenlöh Herr Neuhaus sein Lehrer war, von seiner Lehrzeit als Plüscharbeiter und endlich am spannendsten von den langen Jahren, da er, nachdem er im Alter von 21 Jahren über den „großen Teich" fuhr, die weite Welt durchstreifte, um endlich nach buntestem Auf und Ab eines wechselvollen Erlebens in Peru eine zweite Heimat zu finden.

Aber daß Herr Mebus in der neuen Heimat seine alte nicht vergessen hat, zeigt seine Rückkehr, zeigen seine von echter Heimatliebe durchwehten Worte. Das kommt auch darin zum Ausdruck, daß er in dankbarer Erinnerung an seine Schulzeit und zum Andenken an seine im Vorjahre verstorbene Nichte Friedchen Mebus, eine Schülerin der Schule Paffenlöh, dieser Schule in hochherziger Weise ein Geschenk von 50 RM überwiesen hat.

Der herzlichste Dank der Schule Paffenlöh und ihre besten Wünsche für seine Zukunft werden Herrn Mebus begleiten, wenn er demnächst in seine ferne zweite Heimat zurückkehrt.

Konzert des MGV „Sängerbund"

Wie aus Plakaten und Anzeigen ersichtlich, veranstaltet der MGV „Sängerbund" sein diesjähriges Frühjahrskonzert am kommenden Sonntag, den 3. April, abends 7 Uhr, im Urbahn'schen Saale. Der Verein, der vor zwei Jahren sein 25jähriges Jubiläum feiern konnte, hat sich seitdem trotz der Schwere der Zeit wieder gut erholen können, sodaß derselbe mit einer stattlichen Anzahl Sänger auf dem Podium erscheinen wird.

Dem Konzertprogramm liegt ein einheitlicher Gedanke zu Grunde und werden Vaterlands-, Natur- und Heimatlieder zu Gehör gebracht. Soldatenlieder werden den ersten Teil des Programms beschließen. Im zweiten Teil des Konzertes singt der Verein Wander- und Gesellenlieder. Einige Lieder aus dem Programm seien besonders erwähnt, wie: „Flamme empor", von Richard Trunk; „Eine Wiese voll weißer Margueriten" von Ernst Heuser und „Kamerad komm" von August Klughardt. Als Solist wirkt der aus dem Rundfunk bestens bekannte Lautensänger Herr Karl Blume-Düsseldorf mit. Es werden somit jedem Sangesfreund genußreiche Stunden bevorstehen.

Der Eintrittspreis ist der Zeit entsprechend sehr niedrig gehalten und sind Karten im Vorverkauf zu 75 Pfg. bei Herrn Robert Reininghaus und Walter Gerhards, sowie bei sämtlichen Mitgliedern zu haben. Erwerbslose zahlen an der Kasse 40 Pfg. Die Herren passiven Mitglieder haben freien Eintritt und sind ganz besonders eingeladen.

Schutz den Wegezeichen!

Es scheint noch nicht allgemein bekannt zu sein, daß die Wegezeichen für Wanderfahrten durch eine besondere Regierungspolizeiverordnung geschützt sind. Beschädigungen der Wegezeichen ziehen schwere Bestrafungen nach sich. Trotzdem Behörden und Vereine in dankenswerter Weise Wanderwege ausbauen und die Wegemarkierungen eifrig betreiben, kommen immer noch Beschädigungen der Wegezeichen vor. Jeder einzelne sollte sich den Schutz derselben angelegen sein lassen.

Aus der Heimat

Die Ausstellung von Milchscheinen

soll — so heißt es in einer Bekanntmachung des Bürgermeisters im vorliegenden Anzeigenteil — in den Fällen unterbleiben, wo nach Lage der ganzen Verhältnisse eine Milchziege gehalten werden kann. Vorerst werden alle diejenigen, welche eine Ziege halten wollen, ersucht, sich bis zum 9. April auf dem Wohlfahrtsamt, Zimmer 6 des Rathauses, zu melden.

Wird „Frischauf" Hilgen Meister?

Am kommenden Sonntag, den 3. April, kämpft die Mannschaft des TV „Frischauf" Hilgen in Düsseldorf-Wersten um die Vorentscheidung im Ringen um die Kreismeisterschaft. Hoffentlich gelingt es den eifrigen Ringern von Hilgen den Kampf, welcher voraussichtlich der schwerste sein wird, zu ihren Gunsten zu entscheiden, zumal die Hilgener zu diesem Kampfe in stärkster Aufstellung antreten.

Abfahrt von Hilgen ab Vereinslokal um 4 Uhr nachmittags. Beginn des Kampfes um 6 Uhr.

Preußisch-Süddeutsche Klassen-Lotterie

Die Gewinnlisten der Hauptziehung liegen bei den Einnehmern zur Einsicht offen, die Auszahlung der Gewinne hat begonnen. Da die Gewinnlisten in den Zeitungen nur die Gewinne bis 500 RM enthalten, so ist den Spielern zu empfehlen, bei den zuständigen Einnehmern die amtlichen Listen einzusehen, da diese auch die 400 RM-Gewinne und Freilose enthalten.

Die alten Spieler müssen ihre Lose bis zum 1. April einlösen, um das Anrecht an dem bisher gespielten Lose nicht zu verlieren, jedoch sind die Einnehmer auch bereit, ihnen diese Lose bis einige Tage vor der Ziehung der 1. Klasse zurückzulegen. In diesem Falle muß dies jedoch dem Einnehmer mitgeteilt werden. Nach dem neuen Lotterie-Plan ist die kommende Lotterie durch 100 Schlußprämien zu je 3000 RM, welche nach beendeter Hauptziehung gezogen werden, verbessert worden.

Gegen eine Unsitte der Kinder

Es ist wiederholt Klage geführt und auch festgestellt worden, daß Schulkinder sich an in Fahrt befindliche Fahrzeuge anhängen. Abgesehen davon, daß dies nach der neuen Straßenverkehrsordnung verboten und strafbar ist, setzen sich die Kinder der Gefahr des Ueberfahrenwerdens aus. Auch beeinträchtigen und gefährden sie durch diesen Unfug den Straßenverkehr. Den Eltern wird daher dringend empfohlen, im Interesse ihrer Kinder diese auf die damit verbundenen großen Gefahren hinzuweisen und auf sie einzuwirken, diese Unsitte zu unterlassen.

Teckel zugelaufen

Auf dem hiesigen Polizeibüro ist ein rotbrauner langhaariger Teckel als zugelaufen gemeldet worden. Der Besitzer kann dort seine Rechte geltend machen.

Die „Arbeiterstimme" verboten

Wie wir erfahren, hat der Oberpräsident der Rheinprovinz die „Freiheit" in Düsseldorf und ihre Kopfblätter bis zum 2. April verboten. Eines dieser Kopfblätter ist bekanntlich die „Bergische Arbeiterstimme" zu Solingen.

Der nächste Kölner Pferdemarkt

ist am Mittwoch, den 6. April, in den Anlagen des Kölner Viehhofs.

Elternbeiratswahlen am 26. Juni

Die Elternbeiratswahlen sind in Preußen auf den 26. Juni festgesetzt worden. Bis dahin wurde das Mandat der bestehenden Elternbeiräte verlängert, damit sich die Wahlen nicht allzusehr häufen.

Zur Invalidenversicherungspflicht der Lehrlinge

Der Ständige Ausschuß des Reichsverbandes Deutscher Landesversicherungsanstalten hat in Uebereinstimmung mit den Vertretern der Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände und des Reichsverbandes des deutschen Handwerks nachfolgende Richtlinien über die Invalidenversicherungspflicht der Lehrlinge aufgestellt: Ein Lehrling, der nur freien Unterhalt als Lohn erhält, ist gemäß § 1227 RVO versicherungsfrei. Ein Lehrling, der nur eine Barvergütung für seine Arbeitsleistung erhält, unterliegt der Invalidenversicherungspflicht gemäß § 1226 RVO, wenn die Barvergütung ein Drittel des jeweiligen Ortslohnes überschreitet. Ein Lehrling, der neben freiem Unterhalt eine Barvergütung erhält, unterliegt der Invalidenversicherungspflicht, wenn die Barvergütung ein Sechstel des jeweiligen Ortslohnes überschreitet. Aenderungen in der Ortslohnfestsetzung sind ohne Einfluß auf eine einmal begründete Versicherungspflicht.

Strompreispolitik des RWE

Die Solinger Industrie- und Handelskammer hat von RWE in Essen auf ihr Vorstelligwerden wegen der Strompreispolitik des RWE folgendes Schreiben erhalten:

„Die Abwälzung der erhöhten Umsatzsteuer ist auf Grund der 4. Notverordnung Punkt 5) zulässig und das RWE kann aus naheliegenden Gründen auf dieses Recht leider nicht verzichten. Die Absenkung der Großabnehmerpreise erfolgt nach den mit den Großabnehmern getätigten vertraglichen Abmachungen. Wenn hierdurch nur eine verhältnismäßig geringe Preissenkung zu verzeichnen ist, so hat dies seinen Grund in den erheblichen Vorleistungen, die das RWE durch Verzicht auf vertraglich vorgesehene Preiserhöhungen in der Zeit vom 1. Mai 1928 bis 31. Dezember 1931 gewährt hat.

Es bedarf wohl keiner neuen Versicherung, daß das RWE wie immer bereit wäre, an weiteren Preissenkungen mitzuwirken, wenn es nur dazu in der Lage wäre. Leider liegen die Dinge aber so, daß der erhebliche Absatzrückgang auf der einen Seite und die damit verbundenen Mindereinnahmen nicht ausgeglichen werden durch entsprechende Senkungen auf der Ausgabenseite. Die Ausgaben für Kapitaldienst, Steuern etc. lassen sich unter einen bestimmten Betrag nicht vermindern, gleichgültig wie hoch oder niedrig die Erzeugung bezw. der Stromabsatz ist. Deshalb wurde unsere Preisstellung ab 1. 1. 1932 seitens des Herrn Reichskommissars für Preisüberwachung auch bis heute nicht beanstandet, obwohl er durch 3 fachlich besonders geeignete Treuhänder in 6tägiger Arbeit unsere Tarifgebarung nachprüfen ließ".

Welches Alter stellt die meisten Erwerbslosen

Nach einer Veröffentlichung der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung war am 15. Januar 1932 bei den Hauptunterstützungsempfängern in der Arbeitslosenversicherung die Altersklasse zwischen 25 und 30 Jahren am stärksten besetzt. 18,1 v. H. der Hauptunterstützungsempfänger gehören in diese Gruppe. Fast ein Viertel der weiblichen Hauptunterstützungsempfänger befindet sich in der Altersklasse zwischen 21 und 25 Jahren, während zu dieser Altersklasse nur 15,8 v. H. der männlichen Hauptunterstützungsempfänger gehören. Bei den männlichen jugendlichen Hauptunterstützungsempfänger bis zu 21 Jahren wurden 11,7 v. H. und bei den weiblichen Hauptunterstützungsempfängern 21,1 v. H. gezählt. Gegenüber den früheren Zählungen vom Januar 1931 und vom 15. Juli 1931 ist eine Verschiebung in der Höherbesetzung der Altersgruppen von über 21 bis zu 45 Jahren und von über 45 bis zu 60 Jahren eingetreten. Die Altersgruppen bis zu 21 Jahren und über 60 bis zu 65 Jahren haben sich entgegen der allgemeinen Tendenz in der Besetzung verbessert.

Die umgekehrte Entwicklung ist jedoch bezüglich der Hauptunterstützungsempfänger in der Krisenfürsorge eingetreten. Hier stellt die größte Altersgruppe über 21 bis 45 Jahre 72,77 v. H. der männlichen und 81,4 v. H. der weiblichen Krisenunterstützungsempfänger. Die Altersgruppe über 45 bis zu 60 Jahren stellt 22,6 v. H. der männlichen und 15,4 v. H. der weiblichen Krisenunterstützungsempfänger, und die letzte Altersgruppe über 60 bis zu 65 Jahren 5,8 v. H. der männlichen und 2,5 v. H. der weiblichen Hauptunterstützungsempfänger in der Krisenfürsorge.

Hauszinssteuerhypotheken für Jugendherbergen

Ein besonderer Fall gibt dem Preußischen Minister für Volkswohlfahrt Veranlassung, auf einen Runderlaß vom 28. 9. 1925 hinzuweisen, der Näheres über die besonderen Bedürfnisse der privaten Wohlfahrtseinrichtungen hinsichtlich der Beleihung einer Wohnung, die einem Hauswirt, Hausvater oder sonstigem Aufsichts- oder Ueberwachungspersonal mietweise überlassen werden soll, bestimmt. Voraussetzung für die Anerkennung des Vorliegens eines solchen — allgemein nicht zulässigen — Ausnahmefalles einer Beleihung mit Hauszinssteuerhypotheken ist, daß es sich um Einrichtungen auf streng gemeinnütziger Grundlage handelt. Bei den Jugendherbergen werden die Gemeinden in der Regel nur zu prüfen haben, ob durch den Zuzug des Herbergsvaters anderweit entsprechender Wohnraum frei wird.

Devisenvorschriften und Nachnahmesendungen aus dem Auslande

Um eine lückenlose Kontrolle der aus dem Auslande oder dem Saargebiet eingehenden Nachnahmesendungen im Interesse der Devisenbewirtschaftung zu ermöglichen und andererseits Hemmungen im Geschäftsverkehr nach Möglichkeit zu vermeiden, hat sich der Reichswirtschaftsminister dem Verein Deutscher Spediteure e. V., Berlin, gegenüber damit einverstanden erklärt, daß die Spediteure aus dem Auslande oder dem Saargebiet eingehende Nachnahmesendungen ohne besonderen Nachweis der dem Warenempfänger zur Einlösung erteilten Genehmigung einlösen und die Sendungen an die Empfänger aushändigen dürfen. Die Spediteure haben jedoch den Devisenbewirtschaftungsstellen täglich sämtliche eingelösten Nachnahmen mitzuteilen. Dasselbe Verfahren gilt für Nachnahmen der Reichsbahn.

Wir trinken weniger Tee

Die Wirtschaftskrise und der hohe Einfuhrzoll haben im Jahre 1931 einen Rückgang des Teeverbrauchs in Deutschland um 12 v. H. herbeigeführt. Tee trägt einen Einfuhrzoll, der das Eineinhalbfache bis Dreifache der Einfuhrpreise ausmacht, wodurch gerade die wirtschaftlich Schwachen als die Mehrzahl der Verbraucher am stärksten betroffen werden. Auch die Zolleinnahmen sind dadurch um 12 v. H. zurückgegangen. Tee ist durch die Steuerpolitik der letzten Jahre künstlich auf eine solche Preishöhe getrieben, daß der Teetrinker darauf bedacht sein mußte, sich einen Ausgleich zu verschaffen, indem er sich den billigsten Qualitäten zuwandte. Die aufrührerischen Zustände in China beeinflußten den Teehandel ungünstig. Die Ernte war nur klein. Die Verschiffungen nach Deutschland blieben stark hinter den Vorjahren zurück.

Wie gewonnen, so zerronnen

Ein Dreher aus Berlin hatte im Jahre 1930 das Glück, 100 000 Mark in der Lotterie zu gewinnen. Als er daran ging dieses Vermögen nun möglichst ertragreich anzulegen, stieß er auf einen Rechtskonsulenten Pillack mit dem er sich in allerlei kostspielige Geschäfte einließ. Als eine Beteiligung an einer Baufirma verloren war, empfahl ihm P., sich an einer Schuhfabrik zu beteiligen, die einer Freundin des Rechtskonsulenten gehörte und von dem Vater des P. geleitet wurde. Statt der erwarteten Erträgnisse erhielt aber John lediglich ständig neue Geldforderungen. Als von seinem ganzen Gewinn nur noch 30 000 Mark vorhanden waren, weigerte er sich, noch mehr Geld herzugeben. Darauf strengte der Vater P's gegen ihn Klage auf Gehaltszahlung für seine Arbeit als Angestellter der Schuhfabrik an. Die Verhandlung in der der Vertreter des Beklagten John den Kläger und seinen Sohn als ein Schieberkonsortium bezeichnete, das den Dreher um sein Geld habe bringen wollen, endete mit der Abweisung der Klage. In der Berufungsverhandlung vor dem Landesarbeitsgericht hatte Pillack sen. für sich das Armenrecht beansprucht. Das Berliner Gericht verweigerte das Armenrecht.

Aus dem Rhein-Wupper-Kreis

Das „Bergosa"-Vergleichsverfahren?

Berg. Neukirchen, 31. März. In der letzten Stadtverordnetensitzung gab Bürgermeister Voos den Bericht über den Stand der Vergleichsverhandlungen bei der bergischen Obstverwertungsgesellschaft, an der die Stadt mit 18 000 RM beteiligt ist. Es wurde davon Kenntnis genommen, daß die Vergleichsverhandlungen einen Erfolg versprechen. Die kleinen Gläubiger sollen voll befriedigt werden. Sollte sich aber der Konkurs nicht vermeiden lassen, entsteht für Bergisch Neukirchen ein Verlust von höchstens 7000 Mark.

Autounglück

Berg. Neukirchen, 31. März. Gestern abend kurz nach 8 Uhr kam es in der gefährlichen Straßenkurve bei der Wirtschaft Vogelbruch zu einem schweren Zusammenstoß zweier Kraftfahrzeuge. Als sich ein Personenwagen und ein Lastwagen der Firma Pott-Opladen kreuzen wollten, verlor der Führer des Lastwagens infolge der durch den Regen entstandenen Glätte die Gewalt über den Wagen und fuhr direkt auf den Personenwagen auf. Menschenleben sind nicht zu beklagen, doch wurde der Personenwagen total demoliert.

Waldbrand bei Schlebusch

Leverkusen-Schlebusch, 31. März. In der Nähe des Forsthauses Neuendrisch geriet, anscheinend durch Brandstiftung, ein Waldstück in Brand. Die Lützenkirchener Wehr konnte des Feuers Herr werden, bevor größerer Schaden entstand.

Vermißt ....

Leverkusen, 31. März. Vermißt wird der Reisende Karl Stürznickel, geb. am 20. 1. 1883 zu Essen-Frohnhausen, wohnhaft in Leverkusen-Küppersteg, Rüttersweg 72. Der Vermißte hat sich am Abend des 27. März aus seiner Wohnung entfernt und hat bis jetzt noch keine Nachricht gegeben. Es wird vermutet, daß er sich ein Leid angetan hat. — Weiter ist die Ehefrau Christian Weber, Paula geb. Maier, geb. am 25. 4. 1905 zu Giershofen, wohnhaft in Leverkusen, Kurtekottenstraße 157, als vermißt gemeldet worden. Die Vermißte hat sich am 28. ds. Mts. nachm. zwischen 2 und 3 Uhr aus ihrer Wohnung entfernt.

Achtet auf die Bettler

Leverkusen, 31. April. Ein Bettler wurde in einem Lebensmittelgeschäft an der Stixchesstraße dabei beobachtet, wie er sich an der Kasse in der Ladentheke zu schaffen machte. Als der Geschäftsinhaber kurze Zeit darauf sein Geld nachzählte, mußte er feststellen, daß der Bettler ihm ungefähr 22 Mark gestohlen hatte. Die sofort angestellte Verfolgung des Täters blieb ohne Erfolg.

Prozeß gegen den früheren Geschäftsführer der Ortskrankenkasse Hitdorf

Hitdorf, 31. März. Das Erweiterte Schöffengericht verhandelte am Mittwoch gegen den früheren Geschäftsführer der Allgemeinen Ortskrankenkasse Hitdorf wegen Vergehens gegen das Opiumgesetz und wegen Unterschlagung von 5500 Mark Krankenkassengeldern, und erkannte auf Freisprechung. Der Angeklagte, der seit Jahren opiumsüchtig ist, gab zu, sich auf gefälschte Rezepte dieses Gift beschafft zu haben; er bestritt dagegen die Unterschlagung. Die Verhandlung ergab, daß auf der Krankenkasse ein heilloses Durcheinander geherrscht hatte. Die Krankenkasse hielt sich nur dadurch, daß die Geschäftsführer auf Verlangen des Vorstandes der vorgesetzten Behörde falsche statistische Angaben machen mußten. Die Kasse wurde nur oberflächlich und unregelmäßig geprüft. Die Buchsachverständigen bekundeten in der Verhandlung, daß die falschen Eintragungen des Angeklagten in den Büchern zum Teil auf Unvermögen beruhten, da er der Arbeit nicht gewachsen war. Wahrscheinlich seien Fehlbeträge schon bei seinem Amtsantritt im Jahre 1929 vorhanden gewesen. Es sei nicht ausgeschlossen, daß der Angeklagte unredlicherweise kein Geld aus der Kasse entnommen habe. Ein ärztliches Gutachten lautete dahin, daß der Angeklagte bei Fälschung der Rezepte möglicherweise ohne freie Willensbestimmung war, so daß bei ihm der § 51 in Anwendung kommen könne.

Finanzzuschlag zwangsweise festgesetzt

Hitdorf, 31. März. In der letzten Stadtverordnetensitzung konnten sich die Stadtverordneten, wie wir seinerzeit berichteten, nicht dazu bereit finden, die Erhebung des fünfzehnprozentigen Finanzzuschlages zum elektrischen Strompreis über den 1. April hinaus zu beschließen. Wie nicht anders zu erwarten war, hat nunmehr der Gemeindevorstand zum Ausgleich des Haushaltsplanes für das Rechnungsjahr 1932 die Erhebung dieses Finanzzuschlages in Höhe von 15 Prozent zwangsweise verfügt.

Vorläufig noch die alten Realsteuersätze

Monheim, 31. März. In einer Sitzung beschloß der Gemeinderat die Weitererhebung der Biersteuer nach dem 1. April 1932. Ebenso wurde auch die Weitererhebung der bisherigen Realsteuersätze bis zur Feststellung des neuen Haushaltsplanes beschlossen. Für den Fall, daß die Gemeindevertreter bei der Haushaltsberatung höhere Steuersätze beschließen sollten, muß demnach der Differenzbetrag nacherhoben werden. Zum Haushaltsplan selbst machte Bürgermeister Schürholz erläuternde Mitteilungen. Eine endgültige Festsetzung des Etats wurde infolge der neuen Notverordnung, die die Uebernahme der Fürsorgelasten auf den Etat des Amts vorsieht, nicht möglich.

Neue Eisenbahn-Haltestelle?

Berghausen, 31. März. Die Einwohner der Ortschaften Berghausen, Wolfhagen und Baumberg haben an die Eisenbahndirektion Elberfeld den Antrag gestellt, in Berghausen, unweit des jetzigen Bahnüberganges im Zuge der Straße Berghausen-Baumberg, gelegentlich des Baues des dritten und vierten Bahngleises, eine Haltestelle einzurichten. Der Antrag wird begründet damit, daß die Entfernung der genannten Ortschaften vom nächstgelegenen Bahnhof Langenfeld etwa 45 Minuten ausmache und daß von den genannten Ortschaften ein reger Personenverkehr und bedeutender Güterumsatz in landwirtschaftlichen Produkten die Errichtung einer Eisenbahnhaltestelle rechtfertige.

Personenzüge wurden mit Steinen beworfen

Langenfeld, 31. März. In der Nähe der Blockstelle Garath wurden während der Ostertage drei Personenzüge vom Bahndamm aus mit Steinen beworfen. Als Täter sind fünf junge Burschen aus Hilden ermittelt worden. Dieser seltsame „Ostersport" wird ihnen teuer zu stehen kommen, damit sie auch erkennen, wie sträflich leichtsinnig sie gehandelt haben.

Geflügeldiebe

Leichlingen, 31. März. Nachdem in der Nacht zum Ostersamstag auf dem Gut Eicher Hof zum zweitenmal innerhalb kurzer Zeit 30 Hühner gestohlen worden waren, vermißte am Dienstagmorgen im Weltersbachtal ein Landwirt 28 Hühner. Sämtliche Tiere waren in der Nähe abgeschlachtet worden. Vermutlich handelt es sich in allen Fällen um dieselben Täter.

Die Fichtenschonung war gefährdet

Burg a. d. W., 31. März. Unweit Neuenflügel hatten zwei Knaben im Alter von sieben und zehn Jahren ein Feuer auf einer Weide angezündet. Infolge der Trockenheit fand das Feuer reiche Nahrung und griff mit großer Schnelligkeit um sich, so daß die in der Nähe befindliche fiskalische Fichtenschonung gefährdet schien. Die Feuerwehr, die schnellstens an der Brandstelle erschien, verhütete das Uebergreifen des Feuers auf die Schonung. Mehrere Morgen Weidefläche waren den Flammen zum Opfer gefallen.

Hückeswagen im Rundfunk

Hückeswagen, 31. März. Als nächstes Städtebild sendet der Westdeutsche Rundfunk am 24. April in der Reihe „Unsere Städte in Rheinland und Westfalen" eine Veranstaltung „Hückeswagen". Unsere Stadt bot infolge seiner außerordentlich interessanten Geschichte Stoff in reichem Maße für ein farbenbuntes Hörbild. Das Manuskript schrieb Rudolf Hesse.

Aus Westdeutschland

Räuberfrechheit

Overath, 31. März. In der Nacht zum Mittwoch drang ein überaus frecher Räuber im benachbarten Bengelhöhe in eine Wohnung ein, nachdem er eine Scheibe eingeschlagen hatte. Der Täter schlich sich in das Schlafzimmer der Tochter des Hauses und verlangte von dem erschreckten Mädchen Geld. Die Ueberfallene schrie um Hilfe, worauf ihr 70 Jahre alter Vater herbeieilte, den der Eindringling kurzerhand niederschlug, wahrscheinlich mit einem Gummiknüppel, an dem eine Bleikugel befestigt war. Der alte Mann erlitt erhebliche Kopfverletzungen. Als auf die andauernden Hilferufe des Mädchens schließlich Nachbarn herbeieilten, machte sich der Verbrecher aus dem Staube, ohne Geld bekommen zu haben. Die Ermittelungen haben ergeben, daß der Täter mit den Oertlichkeiten gut vertraut gewesen sein muß.

Domvikar überfallen

Köln, 31. März. Am Mittwoch früh wurde ein zum Dom gehender Domvikar hinterrücks überfallen. Der Geistliche erhielt Schläge ins Gesicht und Kratzwunden, bevor er imstande war, den Angreifer abzuwehren. Die Kriminalpolizei konnte einen älteren Schneidermeister als Täter feststellen. Der Beweggrund der Tat war bisher noch nicht zu ermitteln, da der Täter ganz unverständliche Angaben machte, sodaß Grund zu der Annahme besteht, daß es sich um einen Geistesgestörten handelt.

Großfeuer

Düsseldorf, 31. März. Mittwoch morgen entstand in dem Altpapierlager der Werkstätten für Erwerbsbeschränkte ein Großfeuer, dem ungefähr 4000 Zentner gereinigtes Altpapier sowie ein Gebäude mit Maschineneinrichtung und einige Holzbaracken zum Opfer fielen. Als Ursache wird Brandstiftung angenommen.

Segelflieger abgestürzt.

Immekeppel, 30. März. Nachmittags kam es bei einem Uebungsflug des Sülztaler Segelflugvereins, der in Untereschbach stationiert ist, zu einem schweren Flugzeugunfall. Der Lehrer des Vereins, Effert, ein alter routinierter Pilot, war mit einem vom Segelflugverein selbstverfertigten Segelflugzeug gestartet, als die Maschine in einer Kurve von einer seitlichen Bö erfaßt wurde. Das Flugzeug rutschte über einen Flügel ab und wurde zu Boden geschleudert. Die sofort herbeigeeilten Flugkameraden befreiten den Flieger aus den Trümmern der Maschine und sorgten für seine Ueberführung ins Krankenhaus. Effert erlitt schwere Quetschungen am ganzen Körper, die jedoch nicht lebensgefährlicher Art sind.

Stadtverordneter als Schwarzbrenner.

Wuppertal, 30. März. Als Beamte der Düsseldorfer Zollfahndungsstelle eine Brennerei kontrollierten, entdeckten sie zufällig in Neviges, daß auf dem benachbarten Anwesen eines Stadtverordneten eine Geheimbrennerei eingerichtet worden war. Der Stadtverordnete, der der bürgerlichen Arbeitsgemeinschaft Nevigeser Stadtparlament angehört hatte, wurde verhaftet und die Einrichtung der Geheimbrennerei beschlagnahmt.

Fußballspielende Burschen verschulden Motorradunfall.

Brühl, 30. März. Durch fußballspielende Arbeiter kam ein Motorradfahrer schwer zu Fall. Nach Augenzeugenaussagen haben sie die Warnungszeichen eines näherkommenden Motorradfahrers nicht beachtet und sind erst im letzten Augenblick zur Seite gesprungen. Durch dieses rüpelhafte Verhalten stürzte der Fahrer so schwer, daß er mit gefährlichen Kopfverletzungen dem Krankenhaus zugeführt werden mußte.

Wieder ein Munitionskistenfund.

Troisdorf, 30. März. Bei Kriegsdorf stieß die Sieglarer Polizei in unmittelbarer Nähe der Stelle, wo man vor kurzem eine Kiste mit Waffen und Munition fand, auf eine ähnliche Munitionskiste, jedoch war der Inhalt dieser Kiste bereits entleert. Man fand nur noch einige Schuß Gewehr- und Pistolenmunition vor. Man vermutet, daß die seinerzeit verhafteten Besitzer der Kiste, zwei Kommunisten, Mitwisser gehabt haben, die nach dem ersten Fund den Inhalt der jetzt aufgefundenen Kiste fortschafften. Die Untersuchung der Polizei ist noch nicht restlos abgeschlossen.

Die deutschen Schauspieler tagen in Düsseldorf.

Düsseldorf, 30. März. Die ordentliche Vertreterversammlung der Genossenschaft Deutscher Bühnenangehöriger ist in diesem Jahre für den 5. bis 7. April nach Düsseldorf einberufen worden. Die Tagung findet im Rheingoldsaal der Rheinterrasse statt.

Sommerpreise für Rheinische Braunkohle.

Essen, 30. März. Das Rheinische Braunkohlen-Syndikat setzt mit Wirkung vom 1. April ab die diesjährigen Sommerpreise in Kraft. Sie gelten bis zum 31. August und gewähren auf die Verkaufspreise im April und Juli einen Rabatt von 2 Mark die Tonne, im Mai und Juni von 2,50 Mark und im August von 1 Mark die Tonne.

Antrag auf Verstaatlichung des Bergbaues und der Montanindustrie.

Darmstadt, 31. März. Die Sozialdemokraten haben im hessischen Landtag einen Antrag eingebracht, in dem die Regierung ersucht wird, bei der Reichsregierung und im Reichsrat nachdrücklich dafür einzutreten, daß der Bergbau und die Montanindustrie verstaatlicht werden.

Das Neueste

Auf der Landstraße bei Aachen raste gestern ein Kraftwagen gegen einen Baum. Ein Insasse wurde getötet, die drei anderen schwer verletzt.

Auf der Rückfahrt von Braunschweig nach Hamburg geriet ein mit fünf Nationalsozialisten besetzter Kraftwagen in einer als gefährlich bekannten Kurve bei Borstel ins Schleudern und fuhr gegen einen Baum. Einer der Insassen wurde sofort getötet, die anderen schwer verletzt.

Der österreichische Innenminister und Vizekanzler, Ingenieur Winkler, traf heute früh zur Tagung des Reichslandbundes in Berlin ein. In seiner Begleitung befand sich der Abgeordnete des Landbundes Dewaty. Zur Begrüßung hatten sich auch der österreichische Gesandte, Minister Frank, und einige Herren der österreichischen Gesandtschaft eingefunden.

Die letzte Entscheidung des Völkerbundskommissars in Danzig in der Frage der polnischen Kontrollmaßnahmen gegenüber Danzig hat im polnischen Blätterwalde einen Sturm der Entrüstung hervorgerufen. Gravina wird heftig angegriffen und u. a. als Schutzherr des Danziger Schmuggels bezeichnet.

Tardieu soll den Wunsch Marins, die Wahlen erst Ende Mai stattfinden zu lassen, abgelehnt und mitgeteilt haben, daß die Wahlen am 1. und 8. Mai stattfinden würden.

In der Pariser Presse beurteilt man die Aussichten der Londoner Reise des französischen Ministerpräsidenten Tardieu sehr pessimistisch. Die Blätter unterstreichen die maßvolle und kühle Haltung der englischen Oeffentlichkeit, die das Ergebnis der bevorstehenden Besprechungen sehr problematisch erscheinen lasse.

Auf ihrer Reise nach London werden Tardieu und Flandin von mehreren Sachverständigen begleitet werden.

Der diplomatische Mitarbeiter des sozialdemokratischen „Daily Herald" teilt mit, die englischen Minister hätten entschieden, daß es unmöglich sei, in der Tributfrage etwas zu tun. Der Schatzkanzler sei jetzt der Ansicht, daß die Lausanner Konferenz nur das für Deutschland nötige Moratorium um 6 Monate verlängern und sich dann vertagen solle. Tardieu werde in London mit größtem Vergnügen hören, daß jeder Gedanke einer Revision des Youngplans oder einer Streichung der Tribute fallen gelassen worden sei.

Zwei Verbrecher überfielen gestern den Kassierer des Bahnhofs Lodz. Einer wurde bei der Verfolgung durch die Polizei verhaftet, der andere durch einen Schuß tödlich verletzt.

Das amerikanische Repräsentantenhaus nahm mehrere neue Steuergesetze an, die einen Ertrag von 294 Millionen Dollar bringen dürften.

Futtermangel in der Eifel.

Schleiden, 30. März. Bei den meisten Landwirten im Kreise Schleiden hat sich ein großer Futter- und Streumangel eingestellt. Viele Landwirte sind ratlos, womit sie ihr Vieh im nächsten Monat füttern sollen. So sind auch viele Bauern gezwungen, Vieh zu verkaufen, nachdem sie es den ganzen Winter hindurch gefüttert haben.

Zehnjähriger Junge am Gartenzaun aufgespießt.

Blankenstein, 30. März. Ein schrecklicher Unglücksfall ereignete sich in der Nähe der Burg, wo ein zehnjähriger Junge vom Gemäuer am Toreingang abstürzte. Das unglückliche Kind fiel in einen aus spitzen Eisenstangen konstruierten Gartenzaun. Einige der Spitzen drangen dem Jungen in den Leib.

Arbeitsgemeinschaft öffentlicher und privater Krankenanstalten.

Essen, 31. März. Zur Wahrung der Interessen der Krankenanstalten bei Verhandlungen mit Versicherungsträgern und Behörden über die Krankenpflegesätze, ist in Essen eine Arbeitsgemeinschaft von Verbänden öffentlicher und privater Krankenanstalten von Rheinland und Westfalen gegründet worden. Diese Arbeitsgemeinschaft vereinigt heute schon Anstalten mit einer Gesamtzahl von 25 000 Betten. Die Geschäftsstelle befindet sich in den städtischen Krankenanstalten in Essen.

Das Wetter von heute und morgen

Noch milde und vielfach bewölkt mit etwas Regenneigung, südliche Winde.

Neue Jugendherbergen in der Eifel.

Trotz der Not der Zeit konnte das Jugendherbergswerk in der Eifel noch weiter ausgebaut werden. In Prüm, wo sich bisher nur eine Notherberge in den Schulräumen für die Feiertage befand, ist neben der neuen Volksschule ein Gebäude des Reichsvermögensamtes erworben und zu einer musterhaften Jugendherberge mit geringen Kosten eingerichtet worden. Neben der Abtei Himmern wurde ein Privathaus als Jugendherberge ausgestattet. Aehnliche Gründungen wurden in Cochem und Wittlich vollzogen.

Das Haus der Technik.

Essen, 30. März.

Das „Haus der Technik e. V." in Essen dient der planmäßigen wissenschaftlichen Fortbildung der höheren Techniker, besonders auch der Mitglieder der technisch-wissenschaftlichen Vereine und der nahestehenden Berufe, weiterhin bestimmten Veranstaltungen der Mathematiker, Physiker, Geologen, Naturwissenschaftler, auch wissenschaftlich gebildeter Volkswirte, ferner der Kreise der leitenden Wirtschaftler und Vertreter höherer Berufszweige.

Voraussetzung zum Zutritt zu den Vorträgen ist der Besuch einer Technischen Hochschule oder Bergakademie, Studium der Natur- oder mathematischen Wissenschaften an Universität oder Landwirtschaftlichen Hochschule; ferner u. a. auch berufsreife Persönlichkeiten von vorwiegendem fachlichen Interesse.

Das Institut wird im Sinne beruflicher Selbstverwaltung gemeinsam mit Hochschulen, Forschungsinstituten und technisch-wissenschaftlichen Vereinen geleitet. Die Anschrift lautet: Haus der Technik e. V., Essen, Postschließfach 254 (Fernruf Essen 233 03).

Die ersten Landtagskandidaten

Zentrumskandidaten der westdeutschen Wahlkreise.

Köln, 30. März. In der Versammlung der Delegierten der Zentrumspartei des Wahlkreises Köln-Aachen wurden zur Landtagswahl folgende Kandidaten aufgestellt: 1. Universitätsprof. Dr. Lauscher, 2. Dr. Amalie Lauer, 3. Gewerkschaftssekretär Harsch, 4. Landwirt Schaaf, 5. Verleger Hensen, 6. Privatdozent Dr. Hettlage, 7. Dr. med. Wester, Arzt, 8. Gewerkschaftssekretär Hebborn, 9. Kaufmann Lindgens, 10. Rektor Schuhmacher, 11. Landwirt Höfer, 12. Fräulein Karola Lob. — Für den Wahlkreis Koblenz-Trier wurden aufgestellt: 1. Dr. Boden, Landrat Altenkirchen; 2. Diel, Winzer und Landwirt, Burglayen b. Kreuznach; 3. Schmitt, Vorschlosser, Conz-Trier; 4. Rothländer, Lehrerin, Koblenz; 5. Kemper, Kaufmann, Trier; 6. Thomé, Landwirt, Rommersheim (Kr. Prüm), 7. Eger, Landwirt, Sigmaringen; 8. Schoenberg, Gewerkschaftssekretär, Neuwied; 9. Dr. Eismann, Strafanstaltspfarrer, Wittlich; 10. Krämer, Dachdeckermeister, Andernach; 11. Dr. Wirtz, Studienrat, Trier; 12. Laurem, Landwirt und Gerbereibesitzer, Ues (Kr. Adenau). — Der Wahlvorschlag für Düsseldorf-Ost enthält folgende Namen: Christian Kloft, Beigeordneter, Bernh. Letterhaus, Verbandssekretär, Dr. Maria Weinand, Rektorin, Arthur Meistermann, Schuhmachermeister, Eduard Kremer, Landgerichtsdirektor, Fritz Krabus, Hauptschriftleiter, Johannes Breddemann, Verbandsschriftführer, Josef Bertrams, Landwirt. Sybilla Steinbach, Geschäftsführerin.

Neue Verbote nationalsozialistischer Zeitungen.

Kassel, 31. März. Der Oberpräsident der Provinz Hessen-Nassau hat die nationalsozialistischen Tageszeitungen „Nassauer Volksblatt" in Wiesbaden und das „Frankfurter Volksblatt" wegen Vergehens gegen die Verordnung des Reichspräsidenten für Bekämpfung politischer Ausschreitungen für die Zeit vom 30. März bis einschließlich 4. April 1932 verboten.

Liquiditätshilfe des Reiches?

Um die Flüssigmachung der Landesbank der Rheinprovinz.

Düsseldorf, 30. März.

Die Landesbank der Rheinprovinz, Düsseldorf, hat bekanntlich vor kurzem bei den zuständigen Reichs- und preußischen Stellen um eine erneute Liquiditätshilfe nachgesucht, und zwar wurde als erforderlicher Gesamtbetrag für die Ueberbrückung des Jahres 1932 die Summe

von 65 bis 70 Millionen Reichsmark

genannt. Nach Informationen einer zuverlässig unterrichteten Stelle sind die Verhandlungen, die zur Zeit noch in Berlin stattfinden, bislang nicht abgeschlossen. Die Bemühungen um eine neue Liquiditätshilfe haben aber doch schon das bemerkenswerte Ergebnis gehabt, daß die zum 1. April zu deckenden

Zinsfälligkeiten gesichert sind.

In einer der letzten Besprechungen wurde, wie erinnerlich, mitgeteilt, daß die Landesbank als solche zum bevorstehenden Quartalsultimo einen Betrag von etwa 6 Millionen Reichsmark zur Regulierung der fälligen Zinsverpflichtungen aufzuwenden haben würde. Hinsichtlich dieses Betrages ist also bereits eine Vorfinanzierung erfolgt.

Das Luftschloß des Lieferboten

Wenn das Arbeitszeitgesetz nicht innegehalten wird.

Köln, 31. März.

Der Lieferbote einer Kölner Metzgerei erhob nach seiner Entlassung Klage auf Zahlung von 1000 Mark Entschädigung weil in seiner Entlassung eine unbillige Härte zu erblicken sei; ferner verlangte er 2000 Mark für geleistete Ueberstunden. Er sei bereits neun Jahre in Diensten des Beklagten, der ihn schon vor Jahren, als er eine bessere Stelle haben konnte, veranlaßte, zu bleiben, da er später das Geschäft erhalten werde. Mit Rücksicht auf diese Zusage habe er ernstlich die Bezahlung von Ueberstunden nicht verlangt. Der Vorsitzende belehrte den Kläger, daß eine Klage wegen unbilliger Härte gemäß § 84 BRG. nur dort angestrengt werden könne, wo ein Betriebsrat vorhanden sei. Dies sei bei dem Beklagten nicht der Fall. Was die Forderung der 2000 Mark für Ueberstunden angehe, stehe doch in dem für den Kläger nicht maßgebenden Tarifvertrag, daß alle Forderungen innerhalb vier Wochen geltend zu machen sind, andernfalls Verzicht angenommen wird. Aber wenn diese Klausel auch nicht im Tarif enthalten sei, würde das Gericht dieser Klage doch nicht zustimmen vermögen, da der Kläger selbst gröblich gegen das Arbeitszeitgesetz verstoßen habe, das nur eine achtstündige Arbeitszeit täglich vorsehe. Wenn der Kläger diese eingehalten hätte, hätte der Beklagte noch einen Arbeitslosen beschäftigen können. Es kam ein Vergleich zustande, wonach der Kläger 150 Mark erhielt.

Aufgeklärter Bankeinbruch.

Gladbeck, 30. März. Wie gemeldet, wurde in die Räume der Spar- und Darlehnskasse am Marktplatz eingebrochen. Den Einbrechern gelang es nicht, die stabilen Kassenschränke aufzubrechen, und so mußten sie unverrichteter Sache wieder abziehen. Die Kriminalpolizei hat nunmehr als Täter drei arbeitslose 17jährige Burschen aus Gladbeck ermittelt und festgenommen.

Eine erfreuliche Meldung.

Neubeckum, 30. März. Der Auftragseingang bei den in der Gemeinde Erwitte gelegenen Zementwerken hat in letzter Zeit einen erfreulichen Aufschwung genommen. Die Firma hat auf Grund dessen 200 Arbeiter neu eingestellt.

Der Mord in Ommersheim

Die Ehefrau die Täterin.

Saarbrücken, 31. März.

Die Ehefrau des ermordeten Hüttenarbeiters Linz hat ein umfassendes Geständnis abgelegt, in dem sie sich als Alleinschuldige bezeichnet.

Den Hergang der Tat schildert die Frau folgendermaßen: Das Verhältnis zwischen den beiden Eheleuten war in letzter Zeit stark getrübt. Am Abend des Ostersamstag kam es plötzlich zu einem Wortstreit zwischen den beiden, in dessen Verlauf Linz versucht haben soll, seine Frau zu erwürgen. Frau Linz setzte sich zur Wehr und bemerkte dabei, daß ihr Mann ein Messer in der Hand hatte. Auf ihre Aufforderung hin habe er das Messer zur Seite geworfen, worauf für kurze Zeit Ruhe eintrat. Bei einem neuen Versuch ihres Mannes, sie anzugreifen, hat Frau Linz dann in der Dunkelheit mehrmals zugeschlagen. — Wenn das Geständnis in allen Teilen richtig ist, fallen die Verdachtsgründe gegen Josef Klein fort. Trotzdem wird Klein vorläufig noch in Haft behalten.

Der Kampf um den Milchpreis

Stellungnahme der Landwirtschaft zur Frage des Bearbeitungszwanges für Milch.

Münster, 30. März.

Der Vorstand der Landwirtschaftskammer in Münster faßte eine Entschließung, die einen allgemeinen Bearbeitungszwang für Milch grundsätzlich ablehnt, weil er die Schaffung neuer kostspieliger Anlagen erfordern würde, deren Kosten von der Landwirtschaft zur Zeit nicht aufgebracht werden können und auch nicht durch die Möglichkeit einer Erhöhung des schon jetzt völlig unzureichenden Erzeugermilchpreises Deckung finden würden. Die Einführung des Bearbeitungszwanges in Verbrauchsorten kann deshalb kammerseitig nur dort befürwortet werden, wo die örtliche Landwirtschaft selbst dies einmütig wünscht.

Da eine Aussprache zwischen Vertretern der verschiedenen an der Milchlieferung nach Münster beteiligten Interessentengruppen nicht zu einer solchen einmütigen Stellungnahme geführt hat, scheint die Frage der Milchlieferung für die Stadt Münster vorläufig auf sich beruhen zu müssen.

Der Präsident der saarländischen Regierungskommission verabschiedet sich.

Saarbrücken, 30. März. Der Präsident der Regierungskommission, Sir Ernest Wilton, der mit dem 1. April von seinem Posten zurücktritt, hat sich von den Beamten des Landjägerkorps und der Saarbrücker Polizei verabschiedet. Der Präsident dankte den Beamten und ihren Führern für die Pflichttreue, worauf der Kommandeur des Landjägerkorps sowie der Polizeipräsident Dr. Mathern im Namen ihrer Untergebenen das Versprechen fernerer Pflichterfüllung abgaben.

Die Vorgänge in Stadtlohn.

Münster, 29. März. Im Zusammenhang mit den Vorgängen beim Bau des Wasserwerks in Stadtlohn, die zur vorläufigen Dienstenthebung des Bürgermeisters von Stadtlohn geführt haben, hat sich der Regierungspräsident von Münster jetzt auch veranlaßt gesehen, den Magistratsbaurat der Stadt Münster, Verfürth, vom Amt zu suspendieren und ein Disziplinarverfahren gegen ihn einzuleiten.

Geschäftliches

Koche mit Aetherwellen

Man nehme . . . den Kopfhörer — oder schalte den Lautsprecher ein . . . und das Radio wird kochen helfen! Nicht nur wie bisher wird die fortschrittliche Hausfrau die Marktpreise vom Rundfunk erfahren, sondern sie wird die praktischen Winke von „Sanne und Ella" sofort in ihrer eigenen Küche verwenden können. Sie wird sich davon überzeugen, daß Sanella-Margarine die Garantie dafür gibt, daß jedes Gericht schmackhaft und nahrhaft auf den Tisch kommt.

Der Sternenhimmel im April

Nachdem die Sonne am 20. März die nördliche Himmelshälfte erreicht und damit den Frühling im astronomischen Sinne eingeleitet hat, wandert sie im Laufe des kommenden Monats aus dem Sternbild der Fische in das des Widders. Dadurch wird die Länge des Tages um etwa zwei Stunden vergrößert.

Die Mondphasen fallen auf folgende Daten: am 6. April ist Neumond, am 14. Erstes Viertel, am 20. Vollmond und am 27. Letztes Viertel.

In den späten Nachmittagsstunden, schon kurz nach Sonnenuntergang leuchtet am westlichen Himmel als Abendstern die Venus, die mit hereinbrechender Dunkelheit in ihrem vollen Glanze sichtbar ist und dem Firmament ein fast festliches Gepräge verleiht. Unter den Sternen in ihrer Nachbarschaft finden wir die kleine, fast als Nebel erscheinende Gruppe der Plejaden, an deren Stellung wir die Wanderung des Planeten unter den Sternen im Laufe der Abende leicht zu kontrollieren vermögen. Hier erkennen wir auch die Sternbilder, die wir während des Winters beobachtet haben und die jetzt, dem ehernen Naturgesetz folgend, sich dem Horizont nähern. Da steht etwas höher, fast im Süden, zwischen den Bildern Krebs und Löwe, der Planet Jupiter, hell und strahlend, aber doch nicht annähernd der Venus gleichend, und bietet uns ein zweites, willkommenes Beobachtungsobjekt. Der Löwe, ein besonders schönes Bild mit dem hellen Regulus, führt uns weiter nach Südosten zur Jungfrau mit der Spika und noch weiter nach Osten, wo die ersten Sommerbilder ihren Kreislauf beginnen. Da ist der rote Arktur als Hauptstern des Bärenhüters Bootes, daneben der schwache Halbkreis der Nördlichen Krone und der Herkules. Ganz tief am Horizont erkennen wir die Wega in der Leier, und an ganz besonders klaren Abenden auch die ersten Sterne des Schwanes. Der Große Wagen erreicht den höchsten Punkt seiner Bahn, hoch zu unseren Häupten leuchten seine sieben Sterne, die wir ohne Schwierigkeiten wiederfinden, und tief im Norden steht die Cassiopeja, die ihrem tiefsten Stande zustrebt. Die Milchstraße läuft dem Horizont parallel und verschwindet fast in der Dämmerung der Atmosphäre.

Wir sehen wieder einmal, der Sternenhimmel spricht seine eigene Sprache, und es gehört nur wenig Lust und Liebe dazu, diese Sprache zu verstehen und zudeuten. Und wer sich die kleine Mühe macht, nur einige Male im Monat unsere Sternkarte zur Hand zu nehmen und nach unserer Beschreibung die einzelnen Bilder aufzusuchen, wird viel Freude daran haben. Er wird allmählich den Bau des Weltalls erkennen lernen und durch die Betrachtung des gestirnten Himmels Stunden verleben, die ihn von den Sorgen des Alltags loslösen und befreien.

Diese Ausgabe umfaßt 10 Seiten
einschl. der Unterhaltungsbeilage

Verantwortl. Schriftleiter: Willy Claas; für Provinz, Allgemeines und Sport: Josef Maaßen, beide in Burscheid.
Druck und Verlag: Hermann Claas, Burscheid, Mittelstraße 10

Zwangs-Versteigerung

Am **Freitag, den 1. April**, nachmittags 4 Uhr, sollen zu **Burscheid** im Versteigerungslokale Gasthaus Ohmann

1 Büfett, 1 Credenz, 1 Klavier, 1 Flügel, 1 Schreibtisch, 1 Ausziehtisch, 1 Liegesofa, 1 Wringmaschine, 3 Waschmaschinen, 1 Kaminofen, 2 Dauerbrenner, 1 Klavier für elektr. Betrieb, 1 Küchenanrichte, 1 Gasherd usw.

öffentlich meistbietend gegen bare Zahlung versteigert werden.

Stürmer
Obergerichtsvollzieher in Opladen.

Die Wirkung auf die versammelten Bergherren war aber eine gewaltige. Mit heißen Köpfen saßen sie im Saale und rechneten im Geiste aus, welche Möglichkeiten, Zukunftsverspektiven dem Bergbau winkten.

Bald brach minutenlanger stürmischer Beifall los.

Dann nahm Herr Tymorsen wieder das Wort. Der Vorsitzende war noch tief erregt, als er zu sprechen begann.

„Herr Karner! Ich danke Ihnen im Namen des Bergbaues und verspreche Ihnen, daß der Bergbau restlos mit Ihnen gehen wird. Ihr Werk ist durch die geniale Meisterung der Auswirkungen ihrer Erfindung auf die deutsche Volkswirtschaft noch größer geworden, und wir alle glauben, daß jetzt Deutschland wieder den Platz an der Sonne erobert, der einem Lande gebührt, das einen Karner hervorgebracht hat."

Die begeisterten, herzlichen Worte zündeten. Die Versammlung erhob sich mit einem Ruck und feierte Karner.

Dann gab der Vorsitzende dem Generalsekretär der anglo-amerikanischen Bergunion, einem großen, breitschultrigen Mann mit harten, verbissenen Zügen, das Wort.

Aber ehe der Engländer, Mister Croker, zu sprechen begann, hatte sich Karner erhoben und rief laut und scharf in den Saal:

„Ich protestiere dagegen, daß Mr. Croker in dieser Versammlung ehrenwerter Männer spricht."

Der Engländer wurde blaß bei diesen Worten.

Im Saale war alles aufgeregt. Bestürzt sahen die Versammelten sich an.

Der Vorsitzende Tymorsen war fassungslos.

Croker hatte sich zuerst gefaßt. Er rief Karner zu: „Mit welchem Rechte wollen Sie mir das Sprechen verbieten?"

Totenstille trat nach den in hartem Deutsch gesprochenen Worten des Engländers ein.

Unter atemloser Spannung antwortete Karner.

„Mit dem Rechte eines anständigen Menschen. Sie haben unter anständigen Menschen nichts zu suchen. Wenn Sie nicht binnen vierundzwanzig Stunden Deutschland verlassen haben, dann werde ich die Angelegenheit, die Sie kennen, den deutschen Gerichten übergeben."

Die Worte des großen Erfinders trafen. Crokers Antlitz wurde blaß. Dann versuchte er Würde zu markieren, sagte ein paar Worte zu dem Vorsitzenden . . . und verließ den Saal.

Wie betäubt saß die Versammlung da. Dann brach ein minutenlanger Lärm los.

Karner aber saß scheinbar unberührt. Die Fragen schwirrten an sein Ohr, aber er schwieg.

Als sich der Lärm etwas gelegt hatte, nahm der Vorsitzende, noch ganz verwirrt, wieder das Wort.

„Würden Sie uns Aufklärung geben, Herr Karner. Wir müssen nach Ihren Worten Ungeheuerliches vermuten."

„Ersparen Sie mir diese Aufklärung, meine Herren," bat Karner. „Seien Sie froh, daß ich gesund vor Ihnen stehe. Die vergangene Nacht bin ich dicht am Jenseits vorbeigegangen."

Bei seinen Worten erschauerten alle. Sie ahnten den Zusammenhang.

* * *

Um die Mittagstunde bereits wurde Karners Rede in der Versammlung der Bergherren durch Extrablätter bekanntgegeben.

Die Meldung über Karners Kohlenverwertungsverfahren schlug wie eine Bombe ein.

Staunen, Freude, Bestürzung erweckte sie.

Ganz Deutschland horchte auf.

Die Welt fuhr zusammen, und besonders in Amerika war die Bestürzung am stärksten. Man wußte, um was es ging, fühlte, daß Deutschland in der Lage war, Amerika eine seiner stärksten wirtschaftlichen Waffen aus der Hand zu schlagen.

Noch am gleichen Tage trat der Weltöltrust in Newyork zusammen, um über die neue Situation zu beraten.

Der Präsident des Trusts referierte ausführlich über Karners Erfindung und seine mutmaßliche Auswirkung und kam dann auf Karners Kohleverwertungsverfahren zu sprechen. Er beschönigte nichts, malte die Zukunftsaussichten eher schlechter denn besser.

Der Aufsichtsrat des Trusts war entsetzt.

Ohne Diskussion wurden dem Präsidenten Rost die Vollmachten zur Verhandlung mit Karner erteilt.

„Amerika wird vielleicht seine ganze politische Macht in die Wagschale werfen müssen, um zu erreichen, daß eines der stärksten Aktiven der amerikanischen Volkswirtschaft erhalten bleibt," sagte Rost.

* * *

Im Zentralhotel in Berlin.

Kurz nach dem Diner wurde Hallenbach Fürst Michailoff gemeldet. Hallenbach sah erstaunt auf die Karte und fragte den Kellner:

„Der Herr will mich sprechen?"

„Eigentlich Herrn Karner. Aber ich muß alle Besucher Ihnen melden, weil Herr Karner keine Besuche annimmt."

„Richtig! Hat Ihnen der Fürst gesagt, was er will?"

„Nein, Herr Generaldirektor."

„Gut denn. Führen Sie ihn ins Konferenzzimmer. Ich komme sofort!"

Und nach wenigen Minuten stand er dem Fürsten, einem würdigen alten Herrn mit dunklem Vollbart, gegenüber.



Auch die Schupo zieht mit Musik auf

Nach dem Beispiel der Reichswehr wird die Ablösung der Brandenburger-Tor-Wache der Berliner Polizei — „Regierungswache" genannt — in Zukunft jeden Montag und Donnerstag mit Musik vor sich gehen. Wie aus unserem Bilde ersichtlich ist, begleitete eine große Menschenmenge die Schupowache auf ihrem Marsch

Der grosse Karner

ROMAN VON WOLFGANG MARKEN

11

„Sie wünschten Herrn Karner zu sprechen?" sagte Hallenbach und bat Platz zu nehmen. „Herr Karner empfängt niemand. Wollen Sie mir bitte Ihre Wünsche vortragen."

„Ich muß Herrn Karner sprechen!" sagte der Fürst ungestüm.

„Ich bedauere lebhaft. Da müssen schon ganz besondere Gründe vorliegen. Sprechen Sie sich aus. Ich werde gegebenenfalls Herrn Karner bitten, Sie zu empfangen."

Der Fürst zögerte und sagte dann: „Es . . . ist um das Leben meiner beiden Söhne."

„Ihrer Söhne? Ich verstehe Sie nicht recht. Wollen Sie sich genauer aussprechen."

Fürst Michailoff entnahm seiner Brieftasche ein Bild und reichte es Hallenbach, der es erstaunt betrachtete.

Er wollte seinen Augen nicht trauen. Der Jüngste der beiden . . . war Karner.

Verwirrt sah er auf den Fürsten.

„Das sind Ihre Söhne?" sagte er verwirrt.

Der Fürst nickte. „Ja! Ich begreife Ihr Erstaunen. Mein jüngster Sohn . . . sieht Herrn Karner so ähnlich, daß ich entsetzt war, als ich Herrn Karners Bild zum erstenmal sah."

Lange betrachtete Hallenbach die beiden Gestalten auf dem Bilde. Die Aehnlichkeit war bedrückend. Nur wenn man lange hinsah, vermochte man zu unterscheiden. Dem Antlitz des jungen Fürsten fehlte die Reife und Abgeklärtheit, die Karners Gesicht einen besonders starken Eindruck verliehen.

„Bitte behalten Sie Platz, Fürst Michailoff," bat Hallenbach. „Ich will Herrn Karner Ihre Bitte vortragen. Gestatten Sie, daß ich das Bild mitnehme."

Er entfernte sich und kam nach wenigen Minuten zusammen mit Karner wieder. Man sah es Karner an, daß ihn der Anblick des Bildes sehr überrascht hatte.

Er begrüßte den Fürsten und nahm ihm gegenüber Platz.

„Das ist das Bild Ihrer beiden Söhne, Fürst Michailoff?" fragte er.

Der Fürst bejahte. Karner betrachtete das Bild wieder und schüttelte den Kopf.

„Die Natur liebt seltsame Spielereien. Ich kenne Sie nicht. Ihnen bin ich sicher genau so fremd. Und doch diese geradezu bedrückende Aehnlichkeit! Hatten Sie Verwandte in Indien?"

„Nein!" sagte Fürst Michailoff. „Von meinen Verwandten hat nie einer dort gelebt oder sich nach dorthin verheiratet. Alle leben in Rußland oder in Deutschland. Meine Frau ist eine Deutsche."

„Es ist unfaßbar. Führt Sie der Wunsch, mich auf diese Aehnlichkeit aufmerksam zu machen, zu mir, Fürst Michailoff?"

„Nein, Herr Karner! Ich . . . wollte Sie um Hilfe bitten. Um Hilfe . . . für meine Söhne," stieß er bebend.

„Um Hilfe? Sprechen Sie sich aus."

„Meine beiden Söhne sind in Moskau verhaftet und . . . wegen Spionage . . . zum Tode verurteilt worden. Man . . . will jetzt wieder auf Grund der Attentate auf Sowjetführer im Auslande eine Reihe von Urteilen vollstrecken lassen, und . . . ich muß befürchten, daß auch meine Söhne das Schicksal teilen werden."

„Das ist bitter!" sagte Karner betroffen. „Aber wie soll ich Ihnen helfen?"

In den Augen des Fürsten war ein heißes Flehen.

„Helfen Sie mir, Herr Karner. Nur Sie können es. Ich bin von einer Stelle zur anderen gelaufen, habe gebeten, für meine Söhne zu intervenieren. Doch alle zuckten die Achseln. Wenn noch einer helfen kann, dann sind Sie es, Herr Karner."

„Glauben Sie im Ernst, daß Rußland auf mich hören wird?"

„Nur auf Sie wird man hören. Jede andere Großmacht würde vergeblich bitten. Sie sind die Macht, Herr Karner."

„Fürst Michailoff, ich glaube, Sie überschätzen das, was ich erreichen kann. Es wäre aber eine Verletzung der heiligsten Pflichten, wenn ich nicht wenigstens den Versuch machen würde. Ich werde um das Leben Ihrer Söhne bitten."

Tieferschüttert dankte Fürst Michailoff. Seine gebeugte Gestalt hatte sich wieder etwas gestrafft. Vertrauen war in ihm.

„Ich will es versuchen! Danken Sie mir nicht! Hoffen Sie, daß mein Wollen von Erfolg begleitet ist."

„Ich glaube fest daran, Herr Karner. Man wird willig auf Sie hören. Wann . . . darf ich noch einmal Ihre kostbare Zeit beanspruchen?"

„Kommen Sie morgen um die gleiche Stunde. Das Bild lassen Sie mir da. Wie heißen Ihre beiden Söhne?"

„Wladimir und Maximilian."

„Es ist gut, Fürst Michailoff. Ich erwarte Sie morgen."

* * *

Zwei Stunden später saß Karner dem russischen Botschafter Markow gegenüber, der über den plötzlichen Besuch sehr erstaunt war.

Markow war ein Mann in den Sechzigern mit klugem, geistvollem Gesicht. Sein Haupthaar, das ihm das Aussehen eines Künsters gab, war schlohweiß. Energievolle, jugendstarke Augen belebten das interessante Gesicht.

„Ich kann mein Erstaunen nicht verbergen, Herr Karner. Ihr Besuch ist so unerwartet."

„Ich komme mit einer Bitte zu Ihnen, Herr Botschafter."

Karner steuerte mit großer Offenheit auf den Zweck seines Besuches zu.

„Ich stehe Ihnen gern zur Verfügung."

„Ihre Regierung beabsichtigt, gewissermaßen als Repressalie für die letzten Attentate im Ausland, eine Anzahl verurteilter Spione zu erschießen."

„Sie sind richtig unterrichtet," sagte der Botschafter mit undurchdringlicher Miene. „Das Interesse unseres Staates verlangt es."

„Es ist meine Privatmeinung, wenn ich dem nicht beipflichte," antwortete Karner freimütig. „Ich bitte um Verzeihung. Aber ich glaube, Sie gehen damit einen falschen Weg. Ihr Staat, Ihre jetzige Regierung soll doch besser sein, als die frühere. Ich bin sehr offen, aber ich nehme mehr Interesse am Osten, als Sie vielleicht glauben."

Der Botschafter sah ihn erstaunt und erfreut an.

„Ich höre das gern aus Ihrem Munde, Herr Karner," sagte er dann. „Ich will mich gern dafür einsetzen, Herr Karner, daß Ihre Wünsche erfüllt werden, denn . . . auch meine Regierung nimmt großes Interesse an Ihnen und Ihrem Werk."

Karner nickte. „Ich verstehe es, Herr Botschafter, denn ich kenne die ungeheuren Schwierigkeiken, mit denen Rußland zu kämpfen hat, und ich bin wohl der einzige Mensch, der . . . rasch helfen könnte."

Er sprach es einfach, ohne jede Pose oder Ueberhebung. Die Wirkung der Worte aber war umso stärker.

Der Botschafter sagte erregt: „Wollen Sie Rußland helfen? Darf ich meiner Regierung . . . Ihre Bereitschaft dazu übermitteln?"

„Meine Bereitschaft . . . ja, das können Sie. Wann der Zeitpunkt sein wird, das weiß ich heute noch nicht. Die Bedingungen, die sich daran knüpfen werden, sind für Rußland nicht schwer zu erfüllen. Heute komme ich, um für die beiden Söhne Wladimir und Maximilian des Fürsten Michailoff zu bitten, die wegen Spionage zum Tode verurteilt worden sind. Und wenn ich an diese Bitte noch eins anschließen darf, so ist es der Wunsch, daß Ihre Regierung von der Vollstreckung der Todesurteile an politischen Verbrechern überhaupt absieht."

„Die beiden Michailoffs! Ausgerechnet für unsere schlimmsten Feinde bitten Sie."

„Wenn sie Schuld tragen, dann sollen sie sühnen. Nur nicht mit dem Tode."

Der Botschafter saß regungslos im Sessel und schien zu überlegen. Dann sah er Karner durchdringend an.

„Gut, Herr Karner!" begann er wieder. „Ich will zu Gunsten der Verurteilten intervenieren. Ich werde sofort telegraphieren und hoffe bestimmt, daß man meiner Bitte entsprechen wird. Erkennen Sie darin ein Zeichen der Wertschätzung Rußlands für Sie, Herr Karner. Wir hoffen drüben auf Sie, wir warten auf Sie! Nicht heute und morgen, aber bald. Ich persönlich habe nach dieser Unterredung alles Vertrauen zu Ihnen."

Karner stand erfreut auf und reichte Markow die Hand.

„Wann kann ich erfahren, ob meine Mission Erfolg hatte?"

„Morgen Mittag, Herr Karner. Ihr Besuch bei mir soll geheim bleiben?"

„Ich bitte darum!"

* * *

Am gleichen Tage hatte der Ministerrat zu Karners Elektrizitätsprogramm Stellung genommen.

Die Presse ging einmütig mit Karner. Ihr energievolles Eintreten war nicht ohne Einfluß auf die Mitglieder der Regierung geblieben.

Nach langer erregter Sitzung beschloß der Ministerrat, Herrn Karner auf Treu und Glauben die Elektrisierung Deutschlands zu gestatten.

Die Meldung erregte großes Aufsehen und wurde in vielen begeisterten Artikeln der Presse lebhaft kommentiert.

Man begrüßte es, daß die Regierung dem großen Werke Karners in wahrhaft großzügiger Weise entgegenkam.

Karner erhielt sofort die Meldung. Er zeigte Hallenbach unverhohlen seine große Freude.

„Damit ist der halbe Weg gegangen!" sagte er fröhlich. „Die andere Hälfte soll uns nicht schwer werden."

Zur gleichen Stunde teilte ihm Geheimrat Grüneberg mit, daß sich die Vertreter der deutschen Elektrizitätsgesellschaft am kommenden Nachmittag um vier Uhr zum Abschluß bereit halten würden, wenn es Herrn Karner um diese Stunde angenehm sei.

Herr Karner sagte zu und arbeitete an diesem Tag mit Hallenbach bis tief in die Nacht.

* * *

Am gleichen Tag verkündeten auch die Rundfunksender, daß der endgültige Abschluß zwischen Herrn Karner und den Elektrizitätsgesellschaften erfolge. Sie bezeichneten diesen kommenden Akt als das größte der Ereignisse in den letzten Dezennien.

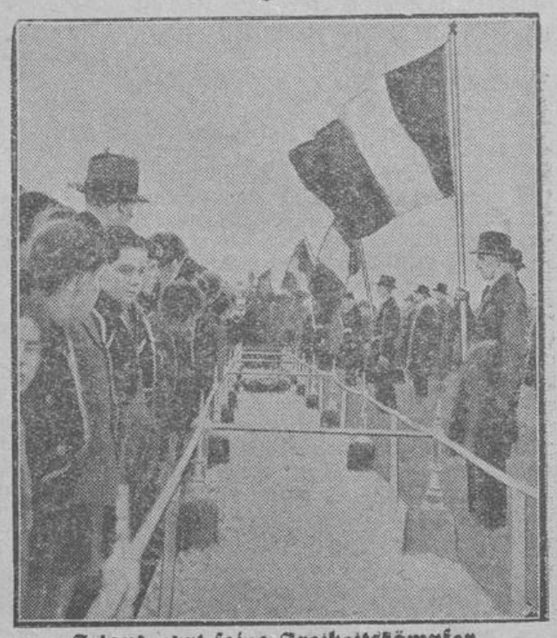
Die Welt horchte auf.

So war das, über was man soviel gespottet, was man als eine Utopie bezeichnet hatte, zur Wahrheit geworden.

Der große Erfinder Karner hatte der Natur eines ihrer großen Geheimnisse entrissen.

Deutschland lag der Weg zur Höhe frei.

* * *



Irland ehrt seine Freiheitskämpfer

Am 16. Jahrestage des Aufstandes der Iren in Dublin wurde an den Gräbern der Opfer eine große Gedenkfeier veranstaltet